



# Entwicklungspolitik goes Agrarindustrie

Eine kritische Analyse von Initiativen  
zur Förderung des internationalen  
Agribusiness im Landwirtschafts-  
und Ernährungsbereich



**Forum Umwelt  
und Entwicklung**

Herausgeber:  
Forum Umwelt & Entwicklung  
Marienstr. 19–20, 10117 Berlin  
Telefon: +49 (0)30 / 678 17 75 93  
E-Mail: [info@forumue.de](mailto:info@forumue.de)  
Internet: [www.forumue.de](http://www.forumue.de)

Das Forum Umwelt & Entwicklung wurde 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung gegründet und koordiniert die Aktivitäten deutscher NRO in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Rechtsträger ist der Deutsche Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände e. V. (DNR).

Berlin, Oktober 2014

Autor: Uwe Hoering

Redaktion: Roman Herre (FIAN Deutschland), Benjamin Luig (Misereor),  
Stig Tanzmann (Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst), Jan Urhahn (INKOTA-netzwerk)

Titelbilder: Tamina Miller (CC BY-NC 2.0), Hans/pixabay.com (CC0 1.0), H.D.Volz/pixelio.de (v.l.n.r.)

Layout: [studio114.de](http://studio114.de) | Michael Chudoba

# Entwicklungspolitik goes Agrarindustrie

Eine kritische Analyse von Initiativen  
zur Förderung des internationalen  
Agribusiness im Landwirtschafts-  
und Ernährungsbereich

Für die AG Landwirtschaft und Ernährung (AGLE) des Forums Umwelt und Entwicklung  
Von Uwe Hoering, Oktober 2014

Redaktion: Roman Herre (FIAN Deutschland), Benjamin Luig (Misereor),  
Stig Tanzmann (Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst), Jan Urhahn (INKOTA-netzwerk)

# Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	5
Zusammenfassung	6
<b>Teil 1: Der Agrarsektor ganz groß</b>	<b>7</b>
1.1 Neue Entwicklungspartnerschaften	7
1.2 Inklusive Geschäftsmodelle	9
1.3 Interessen der Agrarindustrie	10
<b>Teil 2: Politik und Privatsektor Hand in Hand – eine Übersicht der Initiativen</b>	<b>11</b>
2.1 Partnerschaften in den Kinderschuhen	11
2.2 German Food Partnership (GFP)	13
2.2.1 Projektfindung durch Konzerne	14
2.2.2 Entwicklung als Kerngeschäft	15
2.2.3 Eine kritische Bewertung der GFP	16
2.3 Der Investitionsfonds AATIF	17
2.4 Neue Allianz für Ernährungssicherheit (Neue Allianz)	19
2.5 Der Kontext: Globale Partnerschaften	21
<b>Teil 3: Wo bleibt der entwicklungspolitische Mehrwert?</b>	<b>23</b>
3.1 Ungleiche Rollenverteilung	24
3.2 Hungerbekämpfung – durch wen?	24
3.3 Eigenverantwortung der Unternehmen	26
<b>Teil 4: Fazit und Forderungen an die Bundesregierung</b>	<b>27</b>
4.1 Fazit	27
4.2 Forderungen an die Bundesregierung	29
Kasten 1: Entwicklung der PPP-Aktivitäten des BMZ	12
Kasten 2: Die Bill & Melinda Gates-Stiftung	17
Kasten 3: Kriterien für Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft	18
Kasten 4: PPPs des Landwirtschaftsministeriums	22
Kasten 5: Eine andere Landwirtschaft ist notwendig und umsetzbar	26

# Abkürzungsverzeichnis

AATIF	Africa Agriculture and Trade Investment Fund
AGRA	Alliance for a Green Revolution in Africa
BRIA	Better Rice Initiative Asia
BMEL	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CAADP	Comprehensive Africa Agriculture Development Programme
CARI	Competitive African Rice Initiative
CmiA	Cotton made in Africa
COMPACI	Competitive African Cotton Initiative
CSR	Corporate Social Responsibility
CFS	Committee on World Food Security (Komitee für Welternährungssicherheit)
DCED	Donor Committee on Enterprise Development
DEG	Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft
DFID	UK Department for International Development
DIAE	Deutsche Initiative für Agrarwirtschaft und Ernährung in Schwellen- und Entwicklungsländern
DIE	Deutsches Institut für Entwicklungspolitik
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FAO	UN Food and Agriculture Organization
GAFFSP	Global Agriculture and Food Security Program
GFFA	Global Forum for Food and Agriculture
GFP	German Food Partnership
GTZ/GIZ	Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit / Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
GPAFS	Global Partnership for Agriculture and Food Security
IFAD	International Fund for Agricultural Development
IFC	International Finance Corporation
ILO	International Labour Organization
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
OIA	Oilseeds Initiative Africa
PIA	Potato Initiative Africa
PPP	Public Private Partnership (öffentlich-private Partnerschaft)
SAFO	Strategic Alliance for the Fortification of Oil and other Staple Foods
SRI	System of Rice Intensification
SUN	Scaling Up Nutrition
UNCTAD	UN Conference on Trade and Development
VDMA	Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau
VENRO	Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen
WBCSD	World Business Council for Sustainable Development
WCF	World Cocoa Foundation
WEF	World Economic Forum

# Zusammenfassung

*„Chancen für Unternehmen. Zusammenarbeit mit Gewinn. Sie wollen sich als Unternehmen in ländlichen Regionen von Entwicklungsländern engagieren? Sie möchten zum Beispiel investieren, Exportmärkte erschließen oder Zulieferketten optimieren? Nutzen Sie uns als Partner für ein nachhaltiges Engagement. Ihr Unternehmen kann auf vielfältige Weise von einer Zusammenarbeit mit uns profitieren (...).“<sup>1</sup>*

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Die ländliche Entwicklungspolitik der Bundesregierung hat in den letzten Jahren einen grundlegenden Wandel vollzogen. Statt einer öffentlichen Entwicklungsfinanzierung, die unmittelbar auf Armutsbekämpfung abzielt, wird zunehmend auf Konzerne der Agrar- und Ernährungsindustrie als Hauptinvestoren gesetzt, die die Bundesregierung über öffentlich-private Partnerschaften (Public Private Partnership, PPPs) für die Hungerbekämpfung und ländliche Entwicklung „gewinnen“ will. Diese PPP-Ansätze spielen argumentativ, in der strategischen Schwerpunktsetzung und in der Außenwirkung insbesondere des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) eine zunehmend zentrale Rolle.

Sowohl bei „kleinen“ PPPs zwischen BMZ und einzelnen Unternehmen als auch bei den neueren „Groß-PPPs“ wie der German Food Partnership (GFP), dem African Agriculture and Trade Investment Fund (AATIF) und der Neuen Allianz für Ernährungssicherheit (Neue Allianz) der G7/G8-Staaten wird deutlich, dass eine detaillierte Bewertung der konkreten Auswirkungen aufgrund starker Intransparenz bislang kaum möglich ist. Auch ist die Bundesregierung offenbar selbst teils nicht gewillt, die Einlösung der suggerierten entwicklungspolitischen Ziele zu belegen. Synergien zwischen den Geschäftsinteressen deutscher und internationaler Konzerne und positiven Entwicklungswirkungen werden vielfach unhinterfragt vorausgesetzt. Insbesondere bei den „Groß-PPPs“ wird jedoch deutlich, dass die faktisch alimentierten Investitionen vielfach kleinbäuerlichen Interessen entgegenstehen und, insbesondere im Fall der Neuen Allianz, an höchst problematische politische Reformen gekoppelt sind. Indem die Bundesregierung das Agenda Setting zunehmend den Agrar- und Ernährungskonzernen überlässt, schränkt sie eigene Spielräume ein und kofinanziert Investitionsmodelle, die Entwicklungschancen für große Teile bäuerlicher und ländlicher Bevölkerungsgruppen reduzieren und Marginalisierungen verstärken. Auch bei der „Sonderinitiative Eine Welt ohne Hunger“ bleibt offen, welche Rolle die Agrar- und Ernährungsindustrie insbesondere in den Aktionsfeldern „Förderung von In-

novation“ und „Förderung eines sozial und ökologisch verträglichen Strukturwandels“ spielen wird.

Die Arbeitsgruppe Landwirtschaft und Ernährung (AGLE) des Forums Umwelt und Entwicklung fordert die Bundesregierung daher zu einer grundlegenden Korrektur auf und Schritte zu unternehmen, die eine kleinbäuerliche, ökologisch nachhaltige und sozial gerechte Landwirtschaft und ländliche Entwicklung gegen die Expansion der Agrar- und Ernährungsindustrie stärken. Die Hauptforderungen sind:

- PPPs dürfen nicht zum Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit werden. Sie sollten – wenn überhaupt – einen klar eingegrenzten Bereich der ländlichen Entwicklungsstrategie der Bundesregierung darstellen.
- Die Bundesregierung ist aufgefordert, Transparenz zu schaffen und detailliert offenzulegen, wer im PPP-Bereich wofür wie viele Entwicklungsgelder erhält.
- Die Bundesregierung sollte PPPs im Bereich ländliche Entwicklung und Ernährung von unabhängiger Stelle systematisch evaluieren lassen.
- Die Bundesregierung sollte die GFP beenden und bei der Neuen Allianz auf eine radikale Reform drängen oder sich aus der Initiative zurückziehen. Agrarkonzerne dürfen im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit weder politisch noch finanziell gefördert werden.
- Privatwirtschaftliche Investitionsinteressen dürfen bei der Ausgestaltung politischer Regeln oder rechtlicher Reformen keine privilegierte und institutionalisierte Rolle spielen.
- Die Bundesregierung sollte sicherstellen, dass PPPs und von ihr geförderte, vertragslandwirtschaftliche Modelle durch enge rechtliche Rahmenbedingungen reguliert, gesteuert und gegebenenfalls sanktioniert werden.
- Die Bundesregierung sollte im Kontext der Diskussion um die Rolle und Bedeutung der Privatwirtschaft für die Ernährungssicherung ihre extraterritorialen Staatenpflichten anerkennen und im Ausland tätige Akteure auf menschenrechtlicher Basis regulieren.

<sup>1</sup> BMZ (k.A.): Themenportal Ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung. Chancen für Unternehmen. Internet: [http://www.bmz.de/de/was\\_wir\\_machen/themen/les/ernaehrung/wirtschaft/index.html](http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/themen/les/ernaehrung/wirtschaft/index.html).



© Lucheo / pixabay.com, CCO 1.0 Universell (CCO 1.0)

## Teil 1: Der Agrarsektor ganz groß

Nachdem Landwirtschaft und ländliche Entwicklung in vielen Ländern des globalen Südens, und besonders in Afrika, drei Jahrzehnte lang entwicklungspolitisch vernachlässigt wurden, ist seit etwa zehn Jahren weltweit eine Trendwende festzustellen. Spätestens mit dem Ausbruch der durch die dramatischen Preissteigerungen ausgelösten Nahrungsmittelkrise 2007/08 und Protesten in zahlreichen Ländern, sind Landwirtschaft und Ernährung wieder ein Topthema der nationalen und internationalen Politik – wie auch der Privatwirtschaft – geworden. Internationale Foren wie die G7/G8-Gruppe haben sich verpflichtet, Investitionen und Entwicklungshilfe für die Landwirtschaft zu steigern: Mit der L'Aquila-Initiative (2009) wurden bis zu 20 Milliarden US-Dollar staatlicher Gelder zugesagt, um weltweit die Ernährung zu sichern, mit der Neuen Allianz für Ernährungssicherung (2012) sollen zusätzlich Investitionen des Privatsektors mobilisiert werden.<sup>2</sup>

### 1.1 Neue Entwicklungspartnerschaften

Ähnlich wie die internationale und multilaterale Entwicklungspolitik hat auch das Bundesministerium

für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) den Agrar- und Ernährungsbereich wiederentdeckt. In vielen Ländern sind nach wie vor große Teile der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig. Daher kommt der Landwirtschaft eine Schlüsselrolle für die Durchsetzung des Rechts auf Nahrung, für Armutsminderung und Geschlechtergerechtigkeit zu. Das Gleiche gilt für die Entwicklung des ländlichen Raums und die Erhaltung natürlicher Lebensgrundlagen wie Wasser, Böden und biologische Vielfalt.

Die neuerliche Bedeutung für die deutsche Entwicklungspolitik zeigt sich in einer Reihe neuer Politik- und Strategiepapiere zur „Agrarwirtschaftsförderung“, zur „Entwicklung ländlicher Räume und ihres Beitrags zur Ernährungssicherung“ oder zur „Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft“, die unter der Ägide des ehemaligen Entwicklungsministers Dirk Niebel (FDP) entstanden sind.<sup>3</sup>

Gleichzeitig wurden neue Initiativen und Projekte wie die German Food Partnership (GFP) angestoßen, um die Zusammenarbeit des BMZ, der entwicklungspolitischen Durchführungsorganisationen und des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) mit der Privatwirtschaft zu intensivieren. In der Pres-

2 Gemeinsame Erklärung zur globalen Ernährungssicherheit. L'Aquila Food Security Initiative (AFSI) (2009): „Aquila“ Joint Statement on Global Food Security. Internet: [http://www.bundesregierung.de/Content/DE/\\_Anlagen/G8\\_G20/2009-Aquila-Statement-Food-Security.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/G8_G20/2009-Aquila-Statement-Food-Security.pdf?__blob=publicationFile&v=2); USAID (2013): New Alliance for Food Security and Nutrition. Internet: <http://www.usaid.gov/unga/new-alliance>.

3 BMZ (2013): Ernährung sichern. Zukunft ernten! Wie wir Ernährungssicherung erfolgreich unterstützen. Internet: [http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/infobroschueren\\_flyer/infobroschueren/Materialie233\\_Informationbroschuerere\\_2013.pdf](http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/infobroschueren_flyer/infobroschueren/Materialie233_Informationbroschuerere_2013.pdf); BMZ (2011): Entwicklung ländlicher Räume und ihr Beitrag zur Ernährungssicherung. BMZ-Strategiepapier. Internet: [http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier300\\_01\\_2011.pdf](http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier300_01_2011.pdf); BMZ (2013): Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft. BMZ-Strategiepapier. Internet: [http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier327\\_03\\_2013.pdf](http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier327_03_2013.pdf).

semitteilung zum gemeinsamen Eckpunktepapier von BMZ und BMEL von 2012 heißt es: „Ziel ist, das verantwortungsvolle Engagement des Privatsektors für Ernährungssicherung und Landwirtschaft zu fördern und neue Entwicklungspartnerschaften zu schaffen.“<sup>4</sup> Das BMZ hat hier mit weiteren Strategiepapieren den Boden für die Neuausrichtung bereitet: 2011 erschienen die Strategiepapiere „Politisches Eckpunktepapier zur Kooperation mit der Wirtschaft“<sup>5</sup> sowie „Kooperation mit dem Privatsektor im Kontext der Entwicklungszusammenarbeit“.<sup>6</sup> Im Jahr 2013 erschien die Sektorstrategie „Privatwirtschaftsförderung“.<sup>7</sup>

Ein wesentlicher Grund für diese Programme ist das wachsende Interesse von Agrarindustrie und Finanzwirtschaft am Agrarbereich, welche die Entwicklungspolitik für ihre Anliegen nutzen möchten: „Angezogen

durch den Investitionsanreiz steigender Agrargüterpreise fließt nun verstärkt nationales und internationales Kapital in den Agrarsektor des Südens. Steigende Agrargüterpreise, wachsender Kapitalfluss und große Ertragssteigerungspotenziale bieten jetzt die große Chance, ausgehend von einer Entwicklung der Landwirtschaft, die strukturelle Armut im ländlichen Raum und den Hunger zu überwinden.“<sup>8</sup>

Die gegenwärtige große Koalition führt diese Entwicklung fort: Mit der Sonderinitiative „Eine Welt ohne Hunger“, für die die Bundesregierung eine Milliarde Euro bereitstellt, will das BMZ nach eigener Aussage dazu beitragen, Hunger und Mangelernährung zu bekämpfen und die ländliche Entwicklung als wichtigste Voraussetzung für Ernährungssicherung zu stärken. Ein Kernpunkt der neuen Agrarpolitik ist zudem die

- 
- 4 BMEL (2012): Pressemitteilung Nr. 263 vom 20.09.2012. Bundesminister Aigner und Niebel vereinbaren Eckpunkte für eine enge Zusammenarbeit bei der Ernährungssicherung.  
Internet: <http://www.bmelv.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/2012/263-AI-BMELV-BMZ-Eckpunkte-fuer-Ernaehrungssicherung.html>.  
Das Eckpunktepapier ist online verfügbar: [http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Landwirtschaft/Welternaeherung/EckpunktepapierErnaehrungssicherungBMELV-BMZ.pdf;jsessionid=D77915EFBF2C5F3F83F81F6ACCB72466.2\\_cid376?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Landwirtschaft/Welternaeherung/EckpunktepapierErnaehrungssicherungBMELV-BMZ.pdf;jsessionid=D77915EFBF2C5F3F83F81F6ACCB72466.2_cid376?__blob=publicationFile).
  - 5 BMZ (2011): Märkte entwickeln, Wohlstand schaffen, Armut reduzieren, Verantwortung übernehmen – Die Wirtschaft als Partner der Entwicklungspolitik. Politisches Eckpunktepapier zur Kooperation mit der Wirtschaft.  
Internet: [http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier302\\_03\\_2011.pdf](http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier302_03_2011.pdf).
  - 6 BMZ (2011): Kooperation mit dem Privatsektor im Kontext der Entwicklungszusammenarbeit – Kooperationsformen. Ein Positionspapier des BMZ. Internet: [http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier304\\_05\\_2011.pdf](http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier304_05_2011.pdf).
  - 7 BMZ (2013): Sektorkonzept Privatwirtschaftsförderung.  
Internet: [http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier333\\_09\\_2013.pdf](http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier333_09_2013.pdf).
  - 8 BMZ (2013): Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft. Entwicklungspolitisches Konzept. BMZ-Strategiepapier.  
Internet: [http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier327\\_03\\_2013.pdf](http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier327_03_2013.pdf).



© Uwe Schlick / pixelio.de

Schaffung von zehn Grünen Innovationszentren „für nachhaltige landwirtschaftliche Wertschöpfung, die gemeinsam mit der deutschen Agrarwirtschaft aufgebaut werden“, wie es in der Erklärung zur neuen Afrika-Politik des BMZ heißt.<sup>9</sup> Die in den vergangenen Jahren bei rund 700 Millionen Euro im Jahr für die Bereiche ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung stagnierenden Budgetmittel sollen damit steigen. Afrika wird dabei eine Schwerpunktregion sein.

## 1.2 Inklusive Geschäftsmodelle

*„In Afrika sind sieben der zehn weltweit am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften beheimatet und die Gewinnrate ausländischer Investitionen ist in Afrika höher als in irgendeiner anderen Entwicklungsregion. Geschäfte in Afrika lohnen sich. Hier gibt es wachsendes Potenzial für Handel und Landwirtschaft.“<sup>10</sup>*

Feed the Future. The U.S. Government's Global Hunger and Food Security Initiative

Die globale Agrar- und Ernährungsindustrie befindet sich in einem tiefgreifenden Umstrukturierungs- und Expansionsprozess. Die Nachfrage nach Agrarprodukten wächst. Das gilt für Nahrungsmittel, für die mit steigender Weltbevölkerung zunehmender Bedarf besteht, vor allem aber für industrielle und energetische Rohstoffe sowie für Tierfutter, dessen Anteil an der Agrarproduktion mit wachsendem Wohlstand und damit verbundenen neuen Ansprüchen an Ernährung immer größer wird. Damit gehen eine zunehmende Konkurrenz um Ressourcen wie Land und Wasser und ein Verlust an agrarbiologischer Vielfalt einher.

Vor dem Hintergrund eines weitgehend liberalisierten Weltmarkts führen Expansion und Konzentration zu vertikal wie horizontal immer stärker integrierten Wertschöpfungsketten. Konzerne der Agrar- und Lebensmittelindustrie in dominanter Marktposition bauen ihre Kontrolle über die Wertschöpfungsketten hinweg immer weiter aus. Sie versuchen, vom Anbau über den

Handel bis hin zum Supermarkt entweder selbst alles abzudecken oder über die Entwicklung und Durchsetzung eigener Standards die Kette zu koordinieren. Sogenannte inklusive Geschäftsmodelle, die die „Legitimationsfolie“ der in Kapitel 2 vorgestellten Initiativen bilden, sind nur vor diesem Hintergrund zu verstehen. Das Konzept der inklusiven Geschäftsmodelle wurde erstmals 2005 vom World Business Council for Sustainable Development (WBCSD) erarbeitet.<sup>11</sup> Das Ziel von inklusiven Geschäftsmodellen, so erklärt das BMZ, sei es, „Arme als Konsumenten oder Produzenten in Märkte einzubinden“.<sup>12</sup>

Das Weltwirtschaftsforum (WEF)<sup>13</sup> – formell eine private Stiftung, in der sich in erster Linie die Interessen transnationaler Konzerne artikulieren – oder Institutionen wie die Weltbank<sup>14</sup> haben bereits vor einigen Jahren diese Entwicklung aufgegriffen und kooperieren in zahlreichen Foren, Allianzen und Organisationen eng mit der Agrarindustrie. Angesichts des erkennbaren Interesses von Investoren – Finanzinvestoren eingeschlossen – an der Landwirtschaft bestehen seitens der Entwicklungspolitik aufgrund der von den Regierungen selbst zur Verfügung gestellten, aber begrenzten finanziellen Spielräume große Erwartungen, dass private Investoren Finanzierungslücken schließen. Sie erhoffen sich zudem einen umfassenden landwirtschaftlichen und ländlichen Entwicklungsprozess, der wirtschaftliche Entwicklung und Wachstum bringen soll.

Transnationale Konzerne werden in diesen Initiativen als „key stakeholder“ einer sozialen, ökologischen und wirtschaftlich nachhaltigen Entwicklung betrachtet. So wird beispielsweise erwartet, dass inklusive oder breitenwirksame Geschäftsmodelle genuin entwicklungspolitische Zielsetzungen wie die Förderung von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen, Verringerung von Hunger und Armut sowie ländliche Entwicklung insgesamt voranbringen: „Wenn Unternehmen Kleinbauern in ihre Wertschöpfungskette eingliedern, können diese ihr Einkommen und ihre Ernährungssicherheit verbessern,“<sup>15</sup> so der Grundtenor, der mittlerweile in weite Bereiche der Entwicklungszusammenarbeit Einzug gehalten hat.

9 BMZ (2014): Die neue Afrika-Politik des BMZ – Afrika auf dem Weg vom Krisen- zum Chancenkontinent. Internet: [http://www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2014/maerz/140321\\_pm\\_025\\_Die-neue-Afrika-Politik-des-BMZ/25\\_Die-neue-Afrikapolitik-des-BMZ.pdf](http://www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2014/maerz/140321_pm_025_Die-neue-Afrika-Politik-des-BMZ/25_Die-neue-Afrikapolitik-des-BMZ.pdf).

10 Das Originalzitat lautet: „Africa is home to seven of the world's 10 fastest-growing economies and the rate of return on foreign investment is higher in Africa than in any other developing region. Doing business in Africa makes good business sense. It is a growing place of opportunity for both business and agriculture.“ Feed the Future (2012): 5 More Questions about the New Alliance for Food Security and Nutrition. The U.S. Government's Global Hunger and Food Security Initiative.

Internet: <http://blog.usaid.gov/2012/09/5-more-questions-about-the-new-alliance-for-food-security-and-nutrition/>.

11 World Business Council for Sustainable Development (WBCSD) (k.A.): About Inclusive Business.

Internet: <http://www.inclusive-business.org/inclusive-business.html>.

12 GIZ (2011): Breitenwirksame Geschäftsmodelle für nachhaltige Entwicklung fördern. Erfahrungen aus der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Internet: <http://www.giz.de/de/downloads/giz2011-0585de-geschaeftsmodelle-nachhaltige-entwicklung.pdf>.

13 WEF (k.A.): Agriculture and Food Security. Internet: <http://www.weforum.org/issues/agriculture-and-food-security>.

14 The World Bank (2007): World Development Report 2008. Agriculture in Development. Internet: <http://siteresources.worldbank.org/INTWDRS/Resources/477365-1327599046334/8394679-1327614067045/WDR0ver2008-ENG.pdf>.

15 Gradl, Christina et al. (2013): Vielversprechende Agrargeschäfte. In: E+Z 2013/04.

Internet: <http://www.dandc.eu/de/article/kleinbauern-und-unternehmen-koennen-von-klug-geplanten-wertschoepfungsketten-profitieren>.

### 1.3 Interessen der Agrarindustrie

Kooperationen oder Partnerschaften mit der Entwicklungszusammenarbeit decken sich teils mit den Interessen von Agrarunternehmen, aber auch von Unternehmen aus anderen Branchen wie Versicherung und Telekommunikation, die potenzielle Märkte am „unteren Ende der Pyramide“ (Bottom of the Pyramid, BOP), im Massenmarkt der ärmeren Bevölkerungsgruppen, entdecken.

Unter den Partnern aus der Agrarindustrie sind primär Unternehmen, die sich die Versorgung mit agrarischen Rohstoffen (Kaffee, Kakao, Baumwolle) sichern wollen, um ihre Geschäfte langfristig („nachhaltig“) abzusichern. Spezialisierte Importeure, Handelshäuser und Verarbeiter haben ein verstärktes Interesse an Partnerschaften, da sie näher an ihre Lieferquellen heranzukommen, um ihren Zugriff auf Rohstoffe sicherzustellen.<sup>16</sup> Unternehmen stehen vor dem Dilemma, dass die häufig kleinbäuerlichen Produzent/innen langfristig nicht für ausreichend Nachschub sorgen.<sup>17</sup> Hier versprechen Kooperationsmodelle mit der Entwicklungszusammenarbeit neue, effizientere Formen der Inklusion von Bauern und Bäuerinnen, unter anderem durch Vertragslandwirtschaft.

Unternehmen der Agrochemie, die die bislang „unterversorgte“ bäuerliche Landwirtschaft im globalen Süden als Absatzmärkte für ihre Produkte erschließen

möchten, sind die zweite zentrale Gruppe von Akteuren bei PPPs im Ernährungsbereich. Vielfach besteht der „Entwicklungsmehrwert“ darin, dass bäuerlichen Kunden und Kundinnen von „Agrarchemiepaketen“ (Hybridsaatgut, Pestizide, Dünger) zusätzlich Weiterbildungen zur Anwendung angeboten werden.

Zu einem weiteren zentralen Geschäftsfeld sowohl für die Ernährungsindustrie als auch für Konzerne der Agrarchemie hat sich der Bereich „Nutrition“ entwickelt. Sie kündigen an, Mangelernährung bekämpfen zu wollen, indem sie Kunden und Kundinnen „am unteren Ende der Pyramide“ fortifizieren, das heißt in aufwändigen chemischen Prozessen angereicherte Nahrungsmittel bereitstellen.

Prinzipiell haben Konzerne der Agrar- und Ernährungsindustrie ein starkes Interesse daran, dass die Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit bei der Sicherung von geschäftsfördernden Rahmenbedingungen helfen. Dazu gehören Informationen und Kontakte zu Regierungen, Behörden und Unternehmen vor Ort, der Abbau von Bürokratie und unliebsamer Regulierung, ebenso wie ein für sie kalkulierbares rechtliches und politisches Umfeld, Markttransparenz und Risikomanagement. Teil dessen sind außerdem auch Handelsliberalisierung, Maßnahmen gegen angebliche oder wirkliche Vorteile von Konkurrenzunternehmen und schließlich Investitionssicherheit.<sup>18</sup>

16 Fleischer, Gerd (2012): Cooperation with the Agribusiness Sector, GIZ Experiences. PEGNet Conference 2012, Dakar. Internet: [http://www.pegnet.ifw-kiel.de/event/conference-2012/program-2012/Fleischer\\_German%20Initiativepptx.pdf](http://www.pegnet.ifw-kiel.de/event/conference-2012/program-2012/Fleischer_German%20Initiativepptx.pdf).

17 Starbucks beispielsweise sieht Risiken, dass der Klimawandel (Wirbelstürme, Schädlinge) seine Arabica-Erzeuger in Zentralamerika beeinträchtigt und neue Produzent/innen vom Kaffeeanbau abschrecken könnte. Der Kaffee-Konzern versucht deshalb, lokale Erzeuger/innen gegen diese Auswirkungen abzusichern. Goldenberg (2011): Starbucks Concerned World Coffee Supply is Threatened by Climate Change. In: The Guardian, 13.10.2011. Internet: <http://www.theguardian.com/business/2011/oct/13/starbucks-coffee-climate-change-threat>.

18 Siehe Kooperationsabkommen der Neuen Allianz für die Zusammenarbeit mit den einzelnen Ländern. Alle Abkommen finden sich auf der Webseite der Initiative. Internet: <http://new-alliance.org/countries>.





© Alexander Klaus / pixelio.de

## Teil 2: Politik und Privatsektor Hand in Hand – eine Übersicht der Initiativen

*„Wir müssen vor Ort die Bedingungen schaffen, damit eine funktionierende Infrastruktur entstehen kann. Nur so entwickeln sich Märkte. Nur so kommt Kaufkraft in diese Länder. (...) In den Wachstumsmärkten muss Infrastruktur aufgebaut und eine ausreichende politische und gesellschaftliche Stabilität erreicht werden. Hier geht es um die Entwicklung funktionierender Systeme. Das kann ein Unternehmen alleine nicht leisten. Das ist nur in einem Netzwerk möglich. Wir möchten die Chance dieser Zusammenarbeit ergreifen, um den Gedanken der Public Private Partnership wirklich in der Fläche umzusetzen.“<sup>19</sup>*

Dr. Hans-Theo Jachmann, Geschäftsführer, Syngenta Agro GmbH

Seit einigen Jahren hat auch die deutsche Agrar- und Ernährungsindustrie den Nutzen von Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit durch öffentlich-private Partnerschaften entdeckt – wenn auch zunächst zögerlich. Anfangs handelte es sich dabei vor allem um „Entwicklungspartnerschaften“, um projektorientierte Kooperationen im Rahmen des PPP-Programms des BMZ, um sogenannte strategische Allianzen sowie um Kooperationen in internationalen Foren und Institutionen [siehe Kasten 1: Entwicklung der PPP-Aktivitäten des BMZ, Seite 12]. Seit Anfang der 2010er Jahre hat die Zusammenarbeit durch neue „Groß-PPPs“ wie die GFP, die Neue Allianz der G7/G8-Staaten oder den

Investitionsfonds AATIF eine neue Intensität, Breite und Qualität erhalten.

### 2.1 Partnerschaften in den Kinderschuhen

Für die Zusammenarbeit in der ersten Phase entstanden unterschiedliche Formen, die im Folgenden beispielhaft aufgeführt werden:

Durch gemeinsame Projekte erhalten Unternehmen Zugang zu Rohstoffen oder die Möglichkeiten, ihre Produkte bekannt zu machen. So bildete die damalige Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) in

<sup>19</sup> Bei der BMZ-Veranstaltung „Inklusive Geschäftsmodelle: Kleinbauernförderung durch private Unternehmen – ein Widerspruch?“, 7.10.2011 in Bonn.

Kuba Ökoberater/innen aus, damit der Marktführer für Babynahrung in Deutschland, Hipp, ökologisch angebaute Zitrusfrüchte bekam. In Kenia stellte das GTZ-Büro Kontakte vor Ort her, damit sich die Biogasanlagen-Firma AgriKomp auf dem ostafrikanischen Markt etablieren konnte.<sup>20</sup>

In sogenannten strategischen Allianzen nutzen Unternehmen der Ernährungsindustrie wie Mars, Ritter Sport oder der Handelskonzern Metro Kooperationen, um Zertifizierungsverfahren umzusetzen.<sup>21</sup>

An wertschöpfungskettenübergreifenden Initiativen wie Cotton Made in Africa,<sup>22</sup> die 2005 vom Textilunternehmen Otto initiiert wurde, beteiligten sich neben weiteren Unternehmen aus dem Textil- und Einzelhandel und der Agrarindustrie auch entwicklungspolitische Institutionen wie die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) und die GTZ. Das BMZ stellte mindestens fünf Millionen Euro zur Verfügung, die Bill & Melinda Gates-Stiftung weitere 22 Millionen US-Dollar. Inzwischen besteht mit den gleichen Akteuren ein ausgeweitetes Nachfolgeprojekt, die Competitive African Cotton Initiative (COMPACI).<sup>23</sup>

Beim Aufbau landwirtschaftlicher Beratungszentren in Zentralasien, Äthiopien, Marokko, Sambia oder China, bei denen das Landwirtschaftsministerium (BMEL) federführend ist<sup>24</sup>, standen Interessen von Unternehmen wie dem Landmaschinenhersteller CLAAS, dem Agrochemie-Konzern BASF und dem Saatgutunternehmen KWS Pate. Mit den staatlich geförderten Demonstrationsprojekten hoffen sie, landwirtschaftliche Betriebe als Kunden zu gewinnen. Ähnlich versuchte Bayer Crop Science, ein Projekt zum „nachhaltigen“ Einsatz von Agrarchemikalien in Afrika als Türöffner für besseren Marktzugang zu nutzen.

Zudem beteiligt sich die Bundesregierung an zahlreichen Initiativen, mit denen Unternehmensverbände versuchen, Interessen gemeinsam auf internationaler

## Kasten 1:

### Entwicklung der PPP-Aktivitäten des BMZ

Die Public Private Partnership (PPP)-Fazilität wurde 1999 vom BMZ eingerichtet, um Vorhaben deutscher und europäischer Investoren in Entwicklungsländern zu unterstützen, die entwicklungsrelevante Zusatzleistungen zu ihrer Geschäftstätigkeit in Entwicklungs- und Schwellenländern anbieten möchten. Nach einer Evaluierung im Jahr 2002<sup>25</sup> wurden zusätzlich zu den meist kleinteiligen PPP-Maßnahmen größere strukturbildende strategische Allianzen mit global tätigen Unternehmen oder Branchenverbänden vereinbart.

2009 wurde die Fazilität erweitert und noch enger auf Unternehmensinteressen zugeschnitten: Beim BMZ-Programm develoPPP bewerben sich deutsche oder europäische Unternehmen. Durchführungsorganisationen wie die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) beraten die Unternehmen, stellen Kontakte her, begleiten Vertragsverhandlungen, führen betriebsbezogene Ausbildungsprojekte durch oder erstellen Expertisen. Nach Projektabschluss sollen die Unternehmen ihre Vorhaben alleinverantwortlich weiterführen.

Die Bilanz der Entwicklungspartnerschaften in der Entwicklungszusammenarbeit blieb in dieser ersten Phase allerdings „gemischt“.<sup>26</sup> Von 1999 bis 2011 wurden knapp 1500 Projekte umgesetzt. Darunter sind ein halbes Dutzend strategische Allianzen. Das gesamte Mittelvolumen blieb mit durchschnittlich weniger als 40 Millionen Euro im Jahr, die in etwa durch einen privatwirtschaftlichen Beitrag in gleicher Höhe gepartnert wurden, bescheiden. Auch der Anteil der Entwicklungspartnerschaften am Entwicklungshaushalt blieb damit gering.

Die Kluft zwischen den Erwartungen der Entwicklungszusammenarbeit, private Unternehmen zu gewinnen und dadurch zusätzliche Finanzmittel zu akquirieren und zur Armutsminderung beizutragen, und der tatsächlichen Umsetzung blieb denn auch groß. Die meisten Projekte wurden nicht unbedingt in den bedürftigsten Ländern angeschoben. 2011 beispielsweise hatte Indien den höchsten Anteil, gefolgt von der Türkei und China. Und einige Vorzeigeprojekte scheiterten auch, beispielsweise eine Zementfabrik in Namibia, die durch chinesische Importe aus dem Geschäft gedrängt wurde. Weitergehende Fragen über die Entwicklungswirksamkeit oder die Nachhaltigkeit der Projekte können nicht beantwortet werden, da seit 2009 weder externe noch interne Evaluierungen der privatwirtschaftlichen Investitionen oder PPP-Projekte durchgeführt wurden.

20 GTZ (2000-2008). PPPReport: Magazin für Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft. Beispiele aus PPPReport, Dezember 2000 und Juni 2004.

21 BMZ (k.A.): Strategische Entwicklungspartnerschaften. Internet: <http://www.developpp.de/de/content/strategische-entwicklungspartnerschaften>.

22 Cotton Made in Africa (k.J.). Internet: <http://www.cotton-made-in-africa.com/>.

23 Competitive African Cotton Initiative (k.J.). Internet: <http://www.compaci.org/de/>.

24 BMELV (2011): Programm des BMELV zur Förderung der Exportaktivitäten der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft. Internet: [http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Broschueren/Agrarexportfoerderprogramm.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Broschueren/Agrarexportfoerderprogramm.pdf?__blob=publicationFile).

25 Altenburg, Tilman und Tatjana Chahoud (2002): Public Private Partnerships in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Synthesebericht. Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik.

26 Hockenos, Paul (2012): On Niebel's Autobahn to Africa, Potholes. In: *devox*, 30.04.2012. Internet: [http://www.gppi.net/fileadmin/media/gppi\\_in\\_the\\_news/NiebelsAutobahn-to-Africa-2012.pdf](http://www.gppi.net/fileadmin/media/gppi_in_the_news/NiebelsAutobahn-to-Africa-2012.pdf).

Ebene durchzusetzen. Mit Beratungs- und Trainingsangeboten sollen Bauern und Bäuerinnen ihre Produktion ausweiten und stärker kommerzialisieren und dabei internationale Qualitätsstandards umsetzen, damit ihre Produkte auf Märkten – und damit auch von den Konzernen – gehandelt werden können. Zugleich wirken die Initiativen auf marktfördernde Rahmenbedingungen in den Zielländern der Initiativen ein. Dazu gehört beispielsweise das Vorhaben Sustainable Cocoa Business West Africa<sup>27</sup>, getragen unter anderem von der industrienahen World Cocoa Foundation (WCF), das mindestens 3,6 Millionen Euro aus dem deutschen Entwicklungshaushalt erhält. Die Afrikanische Cashew-Initiative<sup>28</sup>, an der zahlreiche Unternehmen aus Europa und den USA beteiligt sind, wird mit 13,5 Millionen Euro durch das BMZ, die Bill & Melinda Gates-Stiftung und einzelne Unternehmen unterstützt.<sup>29</sup>

Insgesamt machten Projekte im Agrarbereich in dieser ersten Phase weniger als zehn Prozent aller PPP-Projekte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit aus. Bei fast der Hälfte von ihnen ging es nicht um Produktionssteigerung, sondern um Zertifizierung und Vermarktung, also um Absatzförderung. Aber auch da blieb ihr Anteil am Handel insgesamt gering. Die einzelnen Vorhaben waren meist klein, mit Budgets zwischen einigen hunderttausend und wenigen Millionen Euro, mit nur einem Unternehmen und kurzer Laufzeit. Viele Projekte kamen nicht über das Pilotstadium hinaus.<sup>30</sup> Wichtiger als ihre wirtschaftliche Bedeutung war in dieser Anfangsphase in vielen Fällen der Image-Effekt für Unternehmen durch den Nachweis ökologischer und sozialer Verantwortlichkeit und der entwicklungspolitische Segen.

Von entwicklungspolitischer Seite wurden diese Projekte mit dem Nutzen für arme Bevölkerungsgruppen oder verbessertem Umweltschutz gerechtfertigt. Kleinbauern und -bäuerinnen sollten dadurch höhere Einkommen, Zugang zu Beratung und besseren,

auch umweltschonenden Technologien erhalten und neue Absatzmöglichkeiten bekommen. Ob Ziele wie Armutsminderung, Ernährungssicherheit oder Ressourcenschutz tatsächlich auf diese Weise erreicht wurden, kann allerdings nicht beantwortet werden. Denn Entwicklungspartnerschaften im Bereich Ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung wurden bislang nicht evaluiert.

## 2.2 German Food Partnership (GFP)

*„Neue Produkte erhöhen die Sichtbarkeit von Bayer Crop Science in Afrika. Wir erzielen heute rund 20 Prozent unseres Jahresumsatzes in Afrika mit neuen Produkten, die wir im Jahr 2013 auf den Markt gebracht haben, und wir wollen diesen Anteil bis 2020 auf 90 Prozent erhöhen.“<sup>31</sup>*

Bayer Crop Science, Gründungsmitglied  
der German Food Partnership

Angesichts steigender Nachfrage nach Lebensmitteln, Energie und landwirtschaftlichen Produkten „haben Unternehmen aus dem Agrar- und Ernährungssektor im Jahre 2012 die German Food Partnership gegründet“, heißt es selbstbewusst im Flyer der GFP.<sup>32</sup> Die „Initiative der Wirtschaft“ will allerdings mehr sein als nur eine gemeinsame Anstrengung, durch innovative Geschäftsmodelle den Unternehmen neue Marktchancen zu eröffnen und zu Effizienzsteigerung und wirtschaftlicher Entwicklung beizutragen. „Ernährung sichern“ heißt der programmatische Titel dieser Partnerschaft von Unternehmen, Verbänden und Durchführungsorganisationen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Ziel sei eine nachhaltige Landwirtschaft in den Schwellen- und Entwicklungsländern.

27 GIZ (k.A.): Sustainable Cocoa Cultivation in West Africa. Internet: <https://www.giz.de/en/worldwide/16002.html>.

28 GIZ (k.A.): Afrikanische Cashew-Initiative. Internet: <http://www.giz.de/en/worldwide/19011.html>.

29 BMZ (k.A.): Starke Kooperationen für eine sichere Ernährung! Internet: [http://www.bmz.de/de/zentrales\\_downloadarchiv/themen\\_und\\_schwerpunkte/ernaehrung/Factsheet\\_Starke\\_Kooperationen\\_deutsch.pdf](http://www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/themen_und_schwerpunkte/ernaehrung/Factsheet_Starke_Kooperationen_deutsch.pdf).

30 Fleischer, Gerd (2012): Cooperation with the Agribusiness Sector, GIZ Experiences. PEGNet Conference 2012, Dakar. Internet: [http://www.pegnet.ifw-kiel.de/event/conference-2012/program-2012/Fleischer\\_German%20Initiativepptx.pdf](http://www.pegnet.ifw-kiel.de/event/conference-2012/program-2012/Fleischer_German%20Initiativepptx.pdf).

31 Bayer Crop Science (2014): Bayer Crop Science auf dem 3. AGCO Africa Summit in Berlin: Agrarinnovationen bringen die Landwirtschaft in Afrika voran und lindern Hunger und Armut. Pressemitteilung, 20.01.2014. Internet: <http://www.monheim.bayer.de/de-DE/Pressemeldungen/2014/Agrarinnovationen-bringen-die-Landwirtschaft-in-Afrika-voran-und-lindern-Hunger-und-Armut.aspx?overviewld=480E5342-1C49-4AEF-9B6F-7EC64F119CFE%29>.

32 GIZ (2013): German Food Partnership: Ernährung sichern. Internet: [http://www.germanfoodpartnership.de/wp-content/uploads/2014/08/GIZ-GFP\\_Flyer\\_24-01-2013\\_deutsch.pdf](http://www.germanfoodpartnership.de/wp-content/uploads/2014/08/GIZ-GFP_Flyer_24-01-2013_deutsch.pdf). Weitere Quellen, die diesem Abschnitt zur GFP zugrunde liegen: Bundestag (2014): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Entwicklungspolitischen Nutzen der German Food Partnership, 24.02.2014. Drucksache 18/649. Internet: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/006/1800649.pdf>; GIZ (2013): German Food Partnership (GFP). Auftaktveranstaltung. Internet: [http://www.login.germanfoodpartnership.de/fileadmin/Dateien/PDF/130808\\_Gr%C3%BCndungspapier\\_DE.pdf](http://www.login.germanfoodpartnership.de/fileadmin/Dateien/PDF/130808_Gr%C3%BCndungspapier_DE.pdf); GIZ (2014): Guide to the German Food Partnership. Internet: [http://www.germanfoodpartnership.de/wp-content/uploads/2014/08/Guide\\_to\\_the\\_GFP\\_201402241.pdf](http://www.germanfoodpartnership.de/wp-content/uploads/2014/08/Guide_to_the_GFP_201402241.pdf).



© BASF / flickr.com (CC BY-NC-ND 2.0)

### 2.2.1 Projektfindung durch Konzerne

Neben einflussreichen Verbänden wie dem Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) haben sich in der GFP wichtige Akteure der deutschen beziehungsweise europäischen Landwirtschafts- und Ernährungsindustrie zusammengetan:

- Bayer Crop Science, BASF, die Europlant-Gruppe und das schweizerische Unternehmen Syngenta gehören zu den globalen Marktführern bei Saatgut und Agrarchemie;
- K+S Kali und der norwegische Konzern Yara sind weltweit führende Anbieter von Düngemitteln;
- der Landmaschinenbau wird durch den oben genannten VDMA, LEMKEN und den deutschen Abnehmer des weltweit operierenden Konzerns AGCO vertreten;
- mit Amatheon Agri, die gerade 34.000 Hektar Land in Sambia erworben hat, sind auch Unternehmen aus dem Bereich großflächiger, monokultureller Agrarproduktion vertreten;
- dazu kommen globale Handelsunternehmen wie Metro und Lebensmittelhersteller wie Mars.

An der Gründung beteiligt waren zudem die staatlichen Entwicklungsorganisationen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG), die längst selbst als Wirtschaftsunternehmen im Beratungs- und Entwicklungsbereich operieren. Die neue Entwicklungspartnerschaft wird komplettiert durch die Schirmherrschaft des BMZ, das auch einen erklecklichen Teil der Finanzierung übernimmt, einschließlich des GFP-Sekretariats, das bei der GIZ angesiedelt ist.

Bislang gibt es vier GFP-Einzelvorhaben. Ihr Finanzvolumen liegt bisher zwischen „nur“ 1,2 und maximal 25 Millionen Euro. Die Laufzeit der Finanzierung variiert dabei von Vorhaben zu Vorhaben.

- Die Oilseeds Initiative Africa (OIA), die sich noch im Aufbau befindet, will Produktivität und Qualität von Ölsaaten wie Soja oder Sonnenblumen fördern, unter anderem durch Nährstoffanreicherung, zunächst in Mosambik, später in weiteren afrikanischen Ländern. Beteiligt sind unter anderem Syngenta, AGCO und BASF, die bereits in ähnlichen Initiativen zur Nährstoffanreicherung engagiert sind.
- Mit der Potato Initiative Africa (PIA) wird „die Kartoffel nach Afrika“ gebracht, wie es in einer Pressemitteilung des BMZ vom Juni 2013 verkündet wird – zunächst nach Kenia und Nigeria. Beteiligt an dem Vorhaben ist Europlant, ein Großunternehmen für Kartoffel-Saatgut.
- Die Competitive African Rice Initiative (CARI), gestartet von der Bill & Melinda Gates-Stiftung [siehe auch Kasten 2 auf Seite 17], will die Einkommen von mindestens 90.000 Reisproduzent/innen in Burkina Faso, Ghana und Nigeria verdoppeln. Mit dabei sind Syngenta, Bayer Crop Science und AGCO.
- Das vierte Vorhaben, die Better Rice Initiative Asia (BRIA), soll in Thailand, Indonesien, Vietnam, Pakistan und den Philippinen zur Entwicklung von Wertschöpfungsketten beitragen, die die gesamte Produktionskette vom „Feld bis zum Teller“ umfassen. Federführend und treibende Kraft sind hier der führende Anbieter von Saatgut für Hybridreis, Bayer Crop Science, und BASF.

Nachdem die Projekte auf die Schiene gesetzt wurden, wird jetzt für die Durchführung eine Zusammenarbeit mit einheimischen Unternehmen und Institutionen gesucht. Mindestens drei dieser Einzelvorhaben sind eng auf Geschäftsfelder und -interessen beteiligter deutscher und europäischer Unternehmen zugeschnitten. Sie eröffnen ihnen Zugang zum Absatzmarkt für Saatgut, Dünger und Maschinen, aber auch Zugriff auf Agrarprodukte, Verarbeitungs- und Vermarktungsprozesse. Das BMZ versichert allerdings, es habe auch „entwicklungspolitische Bedarfsanalysen“ gegeben, die allerdings nicht veröffentlicht wurden.<sup>33</sup> Die Vorhaben würden also nicht nur Unternehmen dienen, sondern die von den Unternehmen aufgebauten „Grundnahrungsmittel-Wertschöpfungsketten“ seien auch entwicklungspolitisch sinnvoll.

Das finanzielle Volumen der vier Vorhaben wird auf insgesamt 70 bis 80 Millionen Euro veranschlagt. Die Bundesregierung beabsichtigt, davon 20 Millionen Euro zu übernehmen, 6,3 Millionen Euro wurden in 2013 bereits zugesagt. Weitere Mittel kommen von der Bill & Melinda Gates-Stiftung, die mindestens 13,39 Millionen Euro für die Reis-Initiative CARI beisteuert, und der Wal Mart-Stiftung. Der Beitrag der Konzerne selbst in Form von Geld, Sachleistungen und

Beratung wurde hingegen bislang nicht offen gelegt. Die Geschäftsgeheimnisse der Unternehmen müssten gewahrt werden, rechtfertigt die Bundesregierung diese Geheimhaltung bei Entwicklungsprojekten. Je nach Vorhaben würden sie jedoch doppelt so hoch bis dreieinhalb Mal höher liegen als der BMZ-Anteil, so die wenig aussagekräftige Auskunft.<sup>34</sup>

## 2.2.2 Entwicklung als Kerngeschäft

Ähnlich wie bei den öffentlich-privaten Kooperationsvorhaben der ersten Phase liegt der regionale Schwerpunkt der GFP auf Afrika südlich der Sahara. Der Kontinent mit seinen reichen Land- und Wasserressourcen und steigender Nachfrage gilt als ein „schlafender Agrarriese“. Entsprechend interessiert sich nicht nur die europäische Agrarindustrie dafür. Auch zahlreiche US-amerikanische, brasilianische und chinesische Konzerne investieren bereits stark in den afrikanischen Agrarbereich.

Neu ist dagegen die Orientierung auf Grundnahrungsmittel und der Anspruch der GFP, dadurch zur Verringerung des Hungers beizutragen. Eine verbesser-

33 Bundestag (2014): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Entwicklungspolitischen Nutzen der German Food Partnership, 24.02.2014. Drucksache 18/649.

Internet: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/bid/18/006/1800649.pdf>.

34 Bundestag (2014): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Entwicklungspolitischen Nutzen der German Food Partnership, 24.02.2014. Drucksache 18/649.

Internet: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/006/1800649.pdf>.



© Swen Stewart

te Ernährung soll auch durch Projektkomponenten wie die Anreicherung von Öl und Reis mit Spurenelementen und Nährstoffen wie Vitamin A erreicht werden. Diese sogenannte Fortifizierung von Lebensmitteln hat sich in den vergangenen Jahren zu einem weiteren Interessenschwerpunkt von Teilen der Agrar- und Ernährungsindustrie entwickelt und hat eine wachsende Bedeutung für die Sicherung von Absatzmärkten.<sup>35</sup> Sie spielt auch in der Ernährungssicherungsstrategie des BMZ eine zentrale Rolle. Die deutsche Entwicklungspolitik unterstützt daher unter anderem die Strategic Alliance for the Fortification of Oil and Other Staple Foods (SAFO), eine Allianz von GIZ und BASF, und die Initiative Scaling Up Nutrition (SUN), an der eine Vielzahl von Konzernen, unter anderem Syngenta, Mars, Unilever und BASF beteiligt sind.

Der wesentliche Unterschied zu früheren Entwicklungspartnerschaften ist allerdings, dass die Kooperation jetzt nicht mehr nur die Geschäftstätigkeit der beteiligten Unternehmen lediglich um entwicklungspolitische Komponenten ergänzt. Im Zentrum stehen vielmehr „langfristige, firmenübergreifende Projekte, die zur Entwicklung und Umsetzung nachhaltiger Modelle für das Kerngeschäft der Unternehmen“ beitragen sollen. Damit wird die Privatwirtschaft für das BMZ zu „einem Hauptakteur und Umsetzungspartner“ der Entwicklungspolitik.<sup>36</sup>

Das Projektdesign der Vorhaben folgt dem agrarindustriellen Modell einer „modernen“ Landwirtschaft: Steigerung von Produktivität und Effizienz durch agroindustrielle Inputs wie Hohertragsorten, Chemiedünger und Pestizide, die Integration von kleinbäuerlichen Betrieben und lokalen Unternehmen in Produktionsketten vom Anbau bis zum Einzelhandel, und die Entwicklung neuer Märkte wie beispielsweise für angereicherte Nahrungsmittel. Dementsprechend versteht sich die GFP als ein marktorientierter Wertschöpfungsketten-Ansatz. Im Rahmen von CARL gehört dazu auch, Einfluss auf die politischen und rechtlich-ökonomischen Rahmenbedingungen in den Zielländern zu nehmen, um Investitionsbedingungen zu verbessern.<sup>37</sup> Das kann beispielsweise darauf abzielen, die Möglichkeiten für Regierungen, Importkontrollen oder Exportbeschränkungen zu verhängen, zu begrenzen.

Die Integration kleinbäuerlicher Betriebe, überwiegend über verschiedene Modelle von Vertragslandwirtschaft, ist ein weiterer Grund, warum sich das Projekt als Beitrag zur Ernährungssicherung und Armutsminderung präsentiert: Millionen bäuerliche Familien sind arm und ernährungsunsicher. Durch die GIZ sollen unter anderem Schulungen zu Anbaupraktiken, dem Erhalt der Bodenfruchtbarkeit und dem Einsatz von Betriebsmitteln und Betriebsführung durchgeführt werden. Um den Verdacht zu zerstreuen, dabei würde es sich um Absatzförderung für die beteiligten Unternehmen handeln, versichert das BMZ, diese Schulungen würden „produktneutral“ durchgeführt, Hybridsaatgut nicht einseitig beworben und agrarindustrielle Methoden „lediglich als eine mögliche Option“ in einem Spektrum unterschiedlicher Anbaumethoden dargestellt.<sup>38</sup> Zudem räumt die Bundesregierung aber auch ein, dass die Zielgruppen dafür nicht die ärmsten Betriebe sind, sondern „marktorientierte Kleinbauern und Kleinbäuerinnen“.<sup>39</sup> Dadurch werden aller Voraussicht nach nur die besser ausgestatteten Betriebe erreicht, nicht aber die Mehrheit der ressourcenarmen Bauern und Bäuerinnen, die auf lokalen und meist informellen Märkten agieren.

### 2.2.3 Eine kritische Bewertung der GFP

Mit der GFP werden die Privatwirtschaft und das agroindustrielle Modell zum integralen Bestandteil der deutschen Entwicklungspolitik im Agrarbereich. Weit aus deutlicher als bei früheren gemeinsamen Partnerschaften bestimmt die Agrar- und Ernährungsindustrie die Konturen des Projekts. Zudem zielt die GFP ausdrücklich darauf ab, das Kerngeschäft der beteiligten Konzerne zu stärken. Bei früheren PPPs war dies ein explizites Ausschlusskriterium, mit der Begründung, es würden sonst Entwicklungszusammenarbeit und Außenwirtschaftsförderung vermischt.

Dieser Politik- und Paradigmenwechsel erfolgte weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Die Abkommen zwischen dem BMZ und den beteiligten Unternehmen sind bislang nicht zugänglich. An der

35 Siehe Projekte wie „Golden Rice“ und „Orange Mais“, dazu: Hoering, Uwe (2014): Nach „Goldenem Reis“ jetzt „Orangener Mais“. Internet: <http://www.globe-spotting.de/golden-rice-and-orange-maize.html>.

36 GIZ (2013): German Food Partnership. Auftaktveranstaltung.

Internet: [http://www.login.germanfoodpartnership.de/fileadmin/Dateien/PDF/130808\\_Gr%C3%BCndungspapier\\_DE.pdf](http://www.login.germanfoodpartnership.de/fileadmin/Dateien/PDF/130808_Gr%C3%BCndungspapier_DE.pdf).

37 Bundestag (2014): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Entwicklungspolitischen Nutzen der German Food Partnership, 24.02.2014. Drucksache 18/649. Internet: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/006/1800649.pdf>.

38 Bundestag (2014): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Entwicklungspolitischen Nutzen der German Food Partnership, 24.02.2014. Drucksache 18/649. Internet: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/006/1800649.pdf>.

39 Bundestag (2014): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Entwicklungspolitischen Nutzen der German Food Partnership, 24.02.2014. Drucksache 18/649. Internet: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/006/1800649.pdf>.

## Kasten 2:

### Die Bill & Melinda Gates-Stiftung

Im April 2012 unterzeichnete das BMZ ein Abkommen (Memorandum of Understanding) mit der Bill & Melinda Gates-Stiftung. Vorgesehen ist die engere Zusammenarbeit im Bereich Landwirtschaft und ländliche Entwicklung. Ein Ergebnis ist unter anderem die Competitive African Rice Initiative (CARI) im Rahmen der German Food Partnership. Die Stiftung, die für Projekte Milliarden bereitstellt, hat einen Schwerpunkt im Agrarbereich: Ein Hauptprojekt ist die umstrittene Alliance for a Green Revolution in Africa (AGRA), die die Umsetzung eines agrarindustriellen Modells in Afrika vorantreibt. Sie ist aber auch an zahlreichen weiteren öffentlich-privaten Projekten wie Sustainable Cocoa Business West Africa, der Afrikanischen Cashew-Initiative und Scaling Up Nutrition (SUN) beteiligt. Sie fungiert damit als Vermittler zwischen Entwicklungspolitik und Privatwirtschaft, trägt aber auch dazu bei, zivilgesellschaftliche Organisationen in gemeinsame Vorhaben und Allianzen einzubinden.



© UN Photo/Evan Schneider

Entstehung der Initiative waren lediglich Konzerne und staatliche Durchführungsorganisationen wie die GIZ beteiligt. Unternehmen und Institutionen aus den Zielländern kamen erst später dazu, Organisationen der Zielgruppen oder Zivilgesellschaft bleiben weitestgehend ausgeschlossen. Wie die Vorhaben umgesetzt werden sollen und worin ihr Nutzen für die beteiligten bäuerlichen Betriebe besteht, bleibt äußerst intransparent. Die GFP-Webseite enthält bislang nur dürftige Informationen.

Ihrem Selbstverständnis nach soll die GFP und das von ihr verfolgte Agrarentwicklungsmodell nicht nur Geschäfte fördern, sondern auch einen Beitrag zur Einlösung entwicklungspolitischer Ziele leisten – nur dann ist eine Förderung mit öffentlichen Geldern aus dem Entwicklungshaushalt gerechtfertigt. Die Ausformulierung der entwicklungspolitischen Bedeutung des Vorhabens erfolgte allerdings mit einiger Verzögerung. Erst im März 2014 legte die Regierung mit dem „Guide to the German Food Partnership“<sup>40</sup> Richtlinien vor. Sie sollen unter anderem sicherstellen, dass bäuerliche Betriebe durch die Vorhaben nicht von ihrem Land vertrieben werden, nachhaltige Produktionsmethoden angewendet werden und die genetische Vielfalt erhalten bleibt. In der Antwort auf die Anfrage der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, die zahlreiche Befürchtungen zivilgesellschaftlicher entwicklungspolitischer Organisationen spiegelt, versichert die Regierung, dass kein gentechnisch verändertes Saatgut eingesetzt werde, lokale Verarbeitung erfolge und keine Exporte zu Lasten der einheimischen Versorgung gehen dürften. Inwiefern die Bundesregierung dafür Sorge tragen wird, dies auch tatsächlich in die Praxis umzusetzen, bleibt abzuwarten und zu eruieren, sobald die Projekte weiter fortgeschritten sind.

In der Anfangsphase befindet sich auch die Ausarbeitung von Kriterien, um den entwicklungspolitischen Erfolg der GFP zu messen. Die Umsetzung der eher vage und allgemein gehaltenen Zielsetzungen des Guides in „Key Performance-Indikatoren“ ist geplant, wobei die Unternehmen selbst großen Einfluss auf die konkrete Ausgestaltung haben werden. Soweit bislang bekannt, werden sie sich zudem vorrangig auf wirtschaftliche Aspekte wie Markteinbindung und Produktion beziehen.

## 2.3 Der Investitionsfonds AATIF

Eine „innovative öffentlich-private Partnerschaft“ ganz anderer Art ist der Africa Agriculture and Trade Investment Fund (AATIF), gegründet im August 2011.<sup>41</sup> Ähnlich wie bei der GFP und früheren deutschen Entwicklungspartnerschaften ist der regionale Fokus Afrika, wobei die ärmsten Entwicklungsländer besonders berücksichtigt werden sollen. Nach Selbstdarstellung geht es darum, „Afrikas Agrarpotenzial zum Nutzen der Armen zu verwenden“. In ländlichen Regionen sollen Ernährungssicherheit, Beschäftigung und Einkommen verbessert werden, „indem geduldig und

40 GIZ (2014): Guide to the German Food Partnership.

Internet: [http://www.germanfoodpartnership.de/wp-content/uploads/2014/08/Guide\\_to\\_the\\_GFP\\_201402241.pdf](http://www.germanfoodpartnership.de/wp-content/uploads/2014/08/Guide_to_the_GFP_201402241.pdf).

41 Africa Agriculture and Trade Investment Fund (AATIF). Internet: <http://www.aatif.lu>. Siehe auch: Geyer, Steven (2012): Niebel sucht sich falschen Partner. In: Frankfurter Rundschau, 23.07.2012.

Internet: <http://www.fr-online.de/politik/entwicklungshilfe-niebel-sucht-sich-falschen-partner,1472596,16678842.html>.



© X. Fonseca/CIMMYT (CC BY-NC-SA 2.0)

verantwortungsbewusst in effiziente lokale Wertschöpfungsketten investiert wird“.<sup>42</sup>

Die Innovation besteht darin, Finanzmärkte und Investitionsfonds entwicklungspolitisch zu nutzen. AATIF stellt einen Versuch von BMZ, der staatlichen Entwicklungsbank Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und der Deutschen Bank dar, mit den zahlreichen ausländischen, vor allem US-amerikanischen Agrar-Investitionsfonds gleichzuziehen, und mit der Finanzierung privater Investoren wiederum selbst Geld zu verdienen. Zu den „innovativen“ Elementen gehört auch, dass der Fondssitz Luxemburg von der Ertragssteuer befreit ist und einer geringeren Regulierung unterworfen ist. Finanzielle Risiken werden nach dem „Wasserfall-Prinzip“ vorrangig von den öffentlichen Geldgebern getragen.

Als Startkapital stellen das BMZ 45 Millionen Euro, die KfW und die Deutsche Bank jeweils 20 Millionen Euro bereit. Mit im Bunde, wenn auch ohne finanzielle Beteiligung, ist die Internationale Arbeitsorganisation (ILO). Sie soll die Einhaltung von Arbeitsstandards, Umwelt- und Sozialrichtlinien bei den finanzierten Projekten prüfen.

Wie bei der GFP geht es dabei vorrangig darum, agroindustrielle Investitionen und Wertschöpfungsketten zu fördern. Unter anderem sollen dabei die Vertragslandwirtschaft ausgebaut und der Zugang zum Weltmarkt erschlossen werden. Ansonsten sind auch über AATIF bislang nur wenige Informationen zugänglich. Die Berichte sind nicht öffentlich. Es werden ledig-

lich kurze, wenig aussagekräftige Zusammenfassungen in den AATIF-Jahresberichten publiziert. Erste Verträge mit Unternehmen und Banken wurden inzwischen in fünf Ländern abgeschlossen.<sup>43</sup> Kredite gehen unter an-

### Kasten 3:

#### Kriterien für Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft<sup>44</sup>

Durch sechs Kriterien will das BMZ sicherstellen, dass PPPs einen entwicklungspolitischen Nutzen haben und daher der Einsatz öffentlicher Mittel aus dem Staatshaushalt gerechtfertigt ist:

- Vereinbarkeit mit entwicklungspolitischen Zielvorgaben;
- Komplementarität: durch Kooperationen werden Ziele kostengünstiger, wirksamer und schneller erreicht;
- ohne öffentlichen Partner würden private Unternehmen die Maßnahmen nicht durchführen;
- das kommerzielle Interesse des Unternehmens am Projekt muss klar erkennbar sein;
- das Projekt soll sich in ein langfristiges, nachhaltiges Engagement des Unternehmens im Entwicklungs- oder Schwellenland einbetten und
- der Eigenbeitrag des privatwirtschaftlichen Partners soll mindestens 50 Prozent betragen.

42 AATIF (k.A.): Increasing Income. Improving Food Security. Internet: <http://www.aatif.lu>.

43 AATIF (2014): Quarterly Reporting Q1 2014.

Internet: [http://www.aatif.lu/it\\_files/downloads/quarterly\\_reports/Quarterly\\_Report\\_2014\\_Q1.pdf](http://www.aatif.lu/it_files/downloads/quarterly_reports/Quarterly_Report_2014_Q1.pdf).

44 Teilnahmekriterien des BMZ für developPP. Internet: <http://www.developpp.de/de/content/teilnahmekriterien>.

derem an drei afrikanische Banken, die ihrerseits im Agrarbereich investieren. Eine Direktinvestition von zehn Millionen US-Dollar erfolgte in Chobe Agrivision. Das Unternehmen gehört der auf Mauritius registrierten Investmentfirma Chayton Africa. Diese plant in den nächsten Jahren über 100.000 Hektar Land in Sambia und den Nachbarländern zu erwerben. Chayton ist Teil der südafrikanischen Investmentgesellschaft PSG Group. Chobe hat aktuell knapp 17.000 Hektar Land in Sambia gekauft und baut in großflächiger, industrieller Bewässerungslandwirtschaft Weizen, Mais und Soja an. Im Zuge der Übernahme der verschiedenen Farmen wurden Arbeitsplätze abgebaut. Laut Jahresbericht 2012 werden aktuell 390 Arbeiter/innen beschäftigt, mehr als die Hälfte davon nur in Gelegenheitsjobs.<sup>45</sup>

In Ghana vergab AATIF einen Kredit von 20 Millionen US-Dollar an ein großes Zwischenhandelsunternehmen (WIENCO), das 45.000 Kleinbauern und -bäuerinnen mit Inputs beliefert und ihre Produkte wie Mais und Baumwolle abnimmt, und beteiligte sich mit fünf Millionen US-Dollar an einer Reisfarm (GADCO).

Die entwicklungspolitische Orientierung ist bei AATIF noch geringer ausgeprägt als bei der GFP. Kriterien für den entwicklungspolitischen Mehrwert gibt es anscheinend nicht, zumindest werden sie nicht nach außen kommuniziert. Durch die Kreditvergabe an andere Finanzinstitutionen wird eine Überprüfung, ob wirklich Armutsminderung oder Ernährungssicherheit erreicht werden, noch schwieriger. Und das, obwohl für die finanziellen Risiken der Geschäfte im Fall des Falles die Steuerzahler/innen eintreten müssen.

## 2.4 Neue Allianz für Ernährungssicherheit (Neue Allianz)

Als Mitglied der G8, der Gruppe führender westlicher Industrieländer und Russland, ist Deutschland an der Neuen Allianz für Ernährungssicherheit (Neue Allianz) beteiligt, die US-Präsident Barack Obama anlässlich des G8-Gipfels 2012 vorstellte.<sup>46</sup> Die Neue Allianz wird nicht nur politisch von reichen Ländern dominiert, sondern auch ökonomisch von nordamerikanischen und europäischen Konzernen aus dem Agrar- und Ernährungsbereich. Darunter befinden sich aus den USA Cargill, der weltgrößte Getreidehändler, und der

Saatgutkonzern Monsanto, der den Markt für gentechnisch verändertes Saatgut beherrscht. Einige der europäischen Konzerne wie Yara, Bayer Crop Science, Syngenta und AGCO sind auch an der GFP beteiligt. Das Vorhaben knüpft an die L'Aquila-Initiative der G8-Regierungen von 2009 an, die die Ernährungssicherheit in Afrika südlich der Sahara durch einen Anstieg staatlicher Gelder verbessern wollte. Während es um diese Regierungsinitiative ziemlich still geworden ist, setzt die Neue Allianz auf die direkte, enge Kooperation mit der Privatwirtschaft.

Kern der Neuen Allianz sind Kooperationsabkommen, in denen sich bislang zehn afrikanische Länder verpflichten, die Investitionsbedingungen zugunsten privater, kommerzieller Investitionen in die Landwirtschaft zu verbessern. Ein Teil der staatlichen Maßnahmen bezieht sich auf die Vergabe von Land: Investoren erhalten in bestimmten Regionen, beispielsweise im Rahmen des SACGOT-Wachstumskorridors in Tansania, des Nacala-Korridors in Mosambik und in Malawi, Zugang zu hunderttausenden von Hektar Land. In Ländern wie Tansania, Mosambik, Nigeria oder Malawi werden Sortenschutzrechte im Saatgutbereich gestärkt, die es Bauern und Bäuerinnen erschweren können, ihr Saatgut auszutauschen oder zu verkaufen. Investitionsbedingungen werden auch durch Steuererleichterungen oder die Vereinfachung von Lizenzierungsverfahren für Unternehmensgründungen verbessert, der Abbau von Handelsbeschränkungen begünstigt exportorientierte Investoren. Bis zum Juni 2014 sollten von den afrikanischen Staaten 116 strukturelle Reformen in menschenrechtlich teils hochsensiblen Bereichen umgesetzt sein: 95 Prozent davon sind entweder komplett abgeschlossen (25 Prozent) oder es wurde bereits mit dem Reformprozess begonnen (70 Prozent).<sup>47</sup> Durch die damit angeschobene Agrarentwicklung sollen innerhalb von zehn Jahren 50 Millionen Menschen in Afrika südlich der Sahara über die Armutsgrenze gehoben werden, so die Versprechung.

Als Anreiz für die afrikanischen Regierungen stellen die Geberländer Entwicklungshilfe und Unterstützung durch staatliche Entwicklungsorganisationen in Aussicht. Fast 230 Konzerne haben in unverbindlichen Absichtserklärungen (Letters of Intent, LoI) angekündigt, in den kommenden Jahren mindestens zehn Milliarden US-Dollar zu investieren.<sup>48</sup> Unklar ist allerdings, in-

45 FIAN (2014): Agribusiness-Expansion, Land Grabbing und die Rolle europäischer privater und öffentlicher Gelder in Sambia. Eine Bewertung basierend auf dem Recht auf Nahrung.

Internet: [http://www.fian.de/fileadmin/user\\_upload/dokumente/shop/Land\\_Grabbing/13\\_12\\_FIAN\\_Sambia\\_DE.pdf](http://www.fian.de/fileadmin/user_upload/dokumente/shop/Land_Grabbing/13_12_FIAN_Sambia_DE.pdf).

46 Feed the Future (2014): The New Alliance for Food Security and Nutrition.

Internet: <http://feedthefuture.gov/lp/new-alliance-food-security-and-nutrition>.

47 New Alliance for Food Security and Nutrition (2014): Progress Report 2013-14.

Internet: [http://www.new-alliance.org/sites/default/files/resources/072814\\_NewAlliance\\_FinalC\\_508.pdf](http://www.new-alliance.org/sites/default/files/resources/072814_NewAlliance_FinalC_508.pdf).

48 New Alliance for Food Security and Nutrition (2014): Increased Private Sector Commitments in Support of New Alliance and Grow Africa July 2014 – New Letters of Intent, Public Summaries. Internet: <http://www.new-alliance.org/sites/default/files/resources/July%202014%20new%20New%20Alliance%20public%20summaries%20FINAL%208%205%2014%20%282%29.pdf>.

wiefern die Konzerne ihren Zusagen tatsächlich nachkommen. Und auch bei der Auskunft über tatsächliche Investitionen und Maßnahmen berufen sich die beteiligten Unternehmen meist auf das Prinzip Geschäftsgeheimnis. Im Jahr 2013 wurden nach Angaben der Konzerne 1,1 Milliarden US-Dollar investiert.<sup>49</sup>

In offiziellen Verlautbarungen wird die Neue Allianz gerne als „afrikanische“ Initiative dargestellt, da ein Großteil der beteiligten Konzerne in einem afrikanischen Land registriert sei. Allerdings haben viele zwar ihren Sitz in Afrika, sind aber selbst international operierende Akteure des Privatsektors. Einige afrikanische Unternehmen werden von ausländischen Geldquellen finanziert. Agrica zum Beispiel ist als tansanisches Unternehmen gelistet, hat allerdings britische Besitzer und wird von finnischen und norwegischen Investmentfonds finanziert. Das Unternehmen betreibt mit einer Fläche von 5.000 Hektar die größte kommerzielle Reisfarm Ostafrikas. Ähnlich verhält es sich bei Hoyo Hoyo Agribusiness, einem angeblich mosambikanischen Unternehmen, das eine 100-prozentige Tochter von BXR Agro ist, die das landwirtschaftliche Portfolio der internationalen Investorengruppe BXR mit Sitz in Holland abdeckt.

Unter den G7/G8-Staaten hat Deutschland die Koordination zur Erarbeitung des Kooperationsrahmenabkommens für das westafrikanische Benin übernommen, das bei der Ausarbeitung und Umsetzung seines Kooperationsabkommens unterstützt wird. Auch Benin hat versprochen, bis Ende 2014 das Steuersystem, das Rechtssystem und Regulierungsmaßnahmen zu ändern, um Investitionen in die Landwirtschaft zu fördern. Dafür hat das Land bereits die Mehrwertsteuer für einige Lebensmittel und Agrarprodukte angehoben.<sup>50</sup> Allerdings wurden die in anderen Kooperationsabkommen vorhandenen, unternehmensfreundlichen Saatgutregeln hier nicht aufgenommen, und es enthält als einziges Abkommen explizit das Ziel von „gender equality“.<sup>51</sup>

Das BMZ bezeichnet die GFP als „konkreten Beitrag zur Neuen G8-Allianz“<sup>52</sup> und unterstützt sie zusätzlich nach eigener Aussage durch ihre eigenen bil-

ateralen und regionalen Programme in Afrika im Bereich Ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung. Das heißt, das BMZ orientiert seine Entwicklungsvorhaben an den Zielen der Allianz und hat angekündigt, insgesamt 361 Millionen US-Dollar im Rahmen der Initiative bereit zu stellen.

Ähnlich wie bei der GFP gab es beim Zustandekommen der Neuen Allianz und der Ausarbeitung der Kooperationsabkommen kaum eine Beteiligung von Zivilgesellschaft oder Bauernorganisationen, die ihre Vorstellungen hätten einbringen können, weder aus Industrie- noch aus Zielländern. Einige Monate nach der Gründung der Allianz wurde ein Leitungsrat (Leadership Council) gebildet, um Rechenschaftslegung und Aufsicht über die Initiative zu verbessern. Neben Regierungen und Unternehmen sind darin auch einige wenige Bauern- und zivilgesellschaftliche Organisationen vertreten. Wichtige Inhalte des 2014 zum zweiten Mal erschienenen Fortschrittsberichts der Neuen Allianz basieren auf Informationen, die von Grow Africa vorgelegt wurden, der „Partnerschaftsplattform“ des WEF. Darunter fallen auch Informationen zum aktuellen Stand der Umsetzung der Investitionsvorhaben, wobei nur 65 Unternehmen Informationen zu den Auswirkungen ihrer Investitionen zur Verfügung gestellt haben. Bislang sind die Unternehmen nicht verpflichtet, über die Entwicklungen ihrer Investitionen zu berichten und es gibt kein unabhängiges, verpflichtendes Monitoring-System.<sup>53</sup> Daher basieren die derzeit zugänglichen Informationen nur auf dem Prinzip der freiwilligen Selbstauskunft. Erst im August 2014, mehr als zwei Jahre nach Gründung der Allianz, ist eine eigene Webseite mit einigen Informationen online gegangen.<sup>54</sup>

Unklar bleibt auch, wie errechnet werden soll, dass durch die Aktivitäten bis 2022 50 Millionen Menschen aus der Armut befreit werden oder wie Fortschritte und Erfolge verlässlich gemessen werden sollen. Bislang genannte Indikatoren wie der Doing Business Index der Weltbank<sup>55</sup> und der Anstieg privater Investitionen in Produktion oder Saatgutverkauf spiegeln bestenfalls das Investitionsklima für ausländische Investoren und

49 New Alliance for Food Security and Nutrition (2014): Progress Report 2013-14.

Internet: [http://www.new-alliance.org/sites/default/files/resources/072814\\_NewAlliance\\_FinalC\\_508.pdf](http://www.new-alliance.org/sites/default/files/resources/072814_NewAlliance_FinalC_508.pdf).

50 New Alliance for Food Security and Nutrition (2014): Progress Report 2013-14.

Internet: [http://www.new-alliance.org/sites/default/files/resources/072814\\_NewAlliance\\_FinalC\\_508.pdf](http://www.new-alliance.org/sites/default/files/resources/072814_NewAlliance_FinalC_508.pdf).

51 New Alliance for Food Security and Nutrition (2013): Benin New Alliance Cooperation Framework.

Internet: <http://www.new-alliance.org/resource/benin-new-alliance-cooperation-framework>.

52 GIZ (2013): German Food Partnership (GFP). Auftaktveranstaltung.

Internet: [http://www.login.germanfoodpartnership.de/fileadmin/Dateien/PDF/130808\\_Gr%C3%BCndungspapier\\_DE.pdf](http://www.login.germanfoodpartnership.de/fileadmin/Dateien/PDF/130808_Gr%C3%BCndungspapier_DE.pdf).

53 New Alliance for Food Security and Nutrition (2014): Progress Report 2013-14.

Internet: [http://www.new-alliance.org/sites/default/files/resources/072814\\_NewAlliance\\_FinalC\\_508.pdf](http://www.new-alliance.org/sites/default/files/resources/072814_NewAlliance_FinalC_508.pdf).

54 Webseite der Neuen Allianz. Internet: <http://www.new-alliance.org/>.

55 Einen Überblick über den Doing Business Index bietet die Webseite der Weltbank. Internet: <http://www.doingbusiness.org/>; außerdem plant die Bank die Einführung eines Doing Business in Agriculture Index. Informationen dazu unter: World Bank (k.A.): Doing Business in Agriculture. Concept Note. Internet: [http://urgewald.org/sites/default/files/galerie/bilder/doing\\_business\\_in\\_agriculture\\_concept\\_note\\_world\\_bank.pdf](http://urgewald.org/sites/default/files/galerie/bilder/doing_business_in_agriculture_concept_note_world_bank.pdf). Zur Kritik siehe Beberdick, Christina (2012): Lebensstandards von armen Kleinbauern verbessern, oder den Weg ebnen für „Big Business“ in der Landwirtschaft? Internet: [https://urgewald.org/sites/default/files/downloads/briefing-dba-deutsch\\_1.pdf](https://urgewald.org/sites/default/files/downloads/briefing-dba-deutsch_1.pdf).



© S. Mojmuder/Drirk/CIMMYT (CC BY-NC-SA 2.0)

Geschäftserfolge wider, nicht aber entwicklungspolitisch wichtige Kriterien. Letztere wären zum Beispiel der Rückgang der Zahl unterernährter Menschen, der Anstieg der Einkommen armer Haushalte, die Anwendung ressourcenschonender agrarökologischer Anbaumethoden oder ein verbesserter Zugang zu Wasser, Land und anderen Ressourcen für kleinbäuerliche Betriebe.

## 2.5 Der Kontext: Globale Partnerschaften

Verglichen mit den zahlreichen internationalen Initiativen im Agrarbereich, die kaum noch zu überschauen sind, sind die deutschen Aktivitäten bescheiden. Wesentliche Weichenstellungen, durch die die Agrar- und Ernährungsindustrie ihre Interessen in enger Kooperation mit Regierungen, Stiftungen wie der Bill & Melinda Gates-Stiftung oder internationalen Organisationen wie der Weltbank durchsetzt, finden woanders statt.

Ein wichtiger Baustein ist zum Beispiel die New Vision for Agriculture<sup>56</sup> des WEF, die von gut 30 globalen Konzernen der Agrar- und Ernährungsindustrie formuliert wurde, und ihre regionale „Partnerschaftsplattform“ Grow Africa<sup>57</sup>, deren Investitionsvorhaben die Basis für die Neue Allianz bilden. Das WEF hat sich zu einem führenden Lobbyisten im Agrarbereich entwickelt. Unter anderem hat es erheblichen Einfluss auf das Comprehensive Africa Agriculture Development Programme (CAADP)<sup>58</sup>, in dessen Rahmen Regie-

rungen, Privatwirtschaft und einige Organisationen der Zivilgesellschaft gemeinsam nationale Entwicklungsstrategien für die Landwirtschaft afrikanischer Länder ausarbeiten und umsetzen. Die US-Regierung hat weitere Initiativen angestoßen wie Feed the Future<sup>59</sup>, über die sie ihren Beitrag zur Neuen Allianz abwickelt.

Solche Agrarinitiativen wiederum sind eingebettet in umfassendere neue Ansätze der Kooperation zwischen Entwicklungspolitik und Wirtschaft wie dem Donor Committee for Enterprise Development<sup>60</sup>, in dem die meisten westlichen Industrieländer, mehrere Stiftungen und UN-Organisationen zusammengeschlossen sind. Von deutscher Seite sind unter anderem die GIZ beziehungsweise develoPPP beteiligt. Gefördert werden mit erheblichen Beträgen europäische Unternehmen aller Wirtschaftsbereiche, mit einem starken Schwerpunkt auf Landwirtschaft und Agrarindustrie.

Gemeinsam ist diesen Initiativen die immer enger werdende Kooperation zwischen Entwicklungspolitik und Wirtschaft. Im Zentrum steht dabei die Förderung des industriellen Agrarmodells: globale, exportorientierte Wertschöpfungsketten, Geschäftsmodelle mit der Zielgruppe der marktorientierten Kleinbauern und -bäuerinnen („Potenzialbauern“) und die Erschließung neuer Märkte für Dünger, Maschinen und Saatgut, einschließlich gentechnisch veränderter Pflanzen.

Charakteristisch für die Vorhaben sind die geringe Transparenz und die mangelnde Beteiligung anderer Akteure. Die Regierungen der Zielländer werden zwar wie in der Neuen Allianz oder in CAADP als Partner

56 WEF (k.A.): Agriculture and Food Security. Internet: <http://www.weforum.org/issues/agriculture-and-food-security>.

57 Grow Africa. Internet: <http://growafrica.com>.

58 Comprehensive Africa Agriculture Development Programme (k.A.): About CAADP. Internet: <http://www.caadp.net/about-caadp.php>.

59 Feed the Future (2014): The New Alliance for Food Security and Nutrition.

Internet: <http://feedthefuture.gov/lp/new-alliance-food-security-and-nutrition>.

60 The Donor Committee for Enterprise Development. Internet: <http://www.enterprise-development.org>.

hohiert, unterliegen aber erheblichem Druck, die Vorgaben der Agrarindustrie und der Regierungen der Industrieländer umzusetzen. Die Beteiligung von kleinbäuerlichen Organisationen und der Zivilgesellschaft in den Herkunftsländern ist oft nicht viel mehr als ein Feigenblatt.

Damit verlagern sich die nationalen und multilateralen Entwicklungsaktivitäten von Regierungen und Wirtschaft gleichzeitig immer weiter weg von multilateralen Institutionen wie der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO, bei denen Regierungen von Entwicklungsländern häufig größeres Gewicht haben und die Beteiligungsmöglichkeiten für die Zivilgesellschaft, wie insbesondere im Komitee für Welternährungssicherung (Committee on World Food Security, CFS), besser sind.

Als zum Beispiel die Vereinten Nationen nach dem vorläufigen Höhepunkt der Ernährungskrise die Global Partnership for Agriculture and Food Security (GPAFS) ins Leben riefen, um Programme im Agrarbereich mit dem Schwerpunkt auf bäuerliche Landwirtschaft zu fördern, initiierten die USA, Kanada und Spanien einen Treuhandfonds, dessen Abkürzung verwirrend ähnlich klingt – Global Agriculture and Food Security Program (GAFSP). Damit werden die Finanzmittel, die die G8-Regierungen beim Gipfel 2009 im italienischen L'Aquila zugesagt haben, über die Weltbank umgesetzt, die den Treuhandfonds verwaltet, nicht über eine UN-Organisation, obwohl sie eine ähnliche Zielsetzung hat. Die Weltbank-Tochter International Finance Corporation (IFC) soll dabei „innovative Finanzierungsmöglichkeiten“ bereitstellen, um kleine und mittlere Agrarunternehmen und Kleinbauern und -bäuerinnen in den ärmsten Ländern mit lokalen, nationalen und globalen Wertschöpfungsketten zu verbinden.

#### Kasten 4:

##### PPPs des Landwirtschaftsministeriums

Verglichen mit dem BMZ sind die Kooperationen des Landwirtschaftsministeriums (BMEL), das als eine seiner Aufgaben die „Förderung der Exportaktivitäten der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft“ sieht<sup>61</sup>, mit der Agrarindustrie begrenzter. Es führt eine Reihe von Wirtschaftskooperationen<sup>62</sup> durch, die direkt oder indirekt dem Marktzugang deutscher Unternehmen<sup>63</sup> dienen:

- Mit der German-Chinese Demonstration Farm Ganhe in der Inneren Mongolei im Nordosten Chinas unterstützte das BMEL Maschinenhersteller und andere Agrarunternehmen wie CLAAS, Lemken, Grimme, Rauch und Monosem dabei, neue Märkte in China zu erschließen.
- Anfang Mai 2013 wurde ein ähnliches Agrartechnik-Ausbildungszentrum in Äthiopien eröffnet.
- Zwischen 1994 und 2012 führte der Agrarkonzern Ekosem, der in Russland große Landflächen bewirtschaftet, im Auftrag des Ministeriums den deutsch-russischen agrarpolitischen Dialog durch, bei dem unter anderem Abgeordnete bei ihrer gesetzgeberischen Tätigkeit beraten wurden.

Wie das gemeinsame Eckpunktepapier von 2012 mit dem BMZ<sup>64</sup> zeigt, besteht auch beim BMEL die Tendenz zu einer engeren Kooperation mit der Privatwirtschaft im internationalen Bereich. Gegenwärtig wird an einem eigenen Konzept für eine internationale Strategie gearbeitet.

61 BMELV (2011): Programm des BMELV zur Förderung der Exportaktivitäten der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft. Internet: [http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Broschueren/Agrarexportfoerderprogramm.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Broschueren/Agrarexportfoerderprogramm.pdf?__blob=publicationFile).

62 BMELV (2010): Bilaterales Kooperationsprogramm des BMELV mit dem Ausland. Internet: [http://www.bmel-kooperationsprogramm.de/fileadmin/SITE\\_MASTER/content/Dokumente/Broschuere\\_BMELV-Kooperationsprogramm.pdf](http://www.bmel-kooperationsprogramm.de/fileadmin/SITE_MASTER/content/Dokumente/Broschuere_BMELV-Kooperationsprogramm.pdf).

63 Partner des Kooperationsprogramms sind unter anderem die Wirtschaftsverbände der Rinderzüchter, der Pflanzenzüchter, der Ernährungsindustrie und des Maschinen- und Anlagenbaus, der Deutsche Bauernverband und die GIZ.

64 BMELV und BMZ (2012): Eckpunkte für die Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) im Bereich Ernährungssicherung. Internet: [http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Landwirtschaft/Welternahrung/EckpunktepapierErnaehrungssicherungBMELV-BMZ.pdf;jsessionid=D77915EFBF2C5F3F83F81F6ACCB72466.2\\_cid376?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Landwirtschaft/Welternahrung/EckpunktepapierErnaehrungssicherungBMELV-BMZ.pdf;jsessionid=D77915EFBF2C5F3F83F81F6ACCB72466.2_cid376?__blob=publicationFile).



© lamNotUnique / flickr.com (CC BY-NC-SA 2.0)

## Teil 3: Wo bleibt der entwicklungspolitische Mehrwert?

*„Wir helfen, das vorhandene Potenzial einer Region besser zu nutzen, um lokal die Chancen zu erschließen, die sich durch den Bedarf nationaler und internationaler Märkte ergeben. Unsere Berater unterstützen Partner dabei, Wertschöpfungsketten zu optimieren und globale Standards für international gehandelte Produkte zu etablieren.“<sup>65</sup>*

Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit

Das BMZ hält daran fest, dass auch die neuen Initiativen und Entwicklungspartnerschaften Anforderungen an einen entwicklungspolitischen Mehrwert unterliegen und keine reine Wirtschaftsförderung sein sollen. „Es kommt jetzt darauf an, dass Investitionen auch in weniger begünstigte Regionen fließen und sich in einen langfristigen Nutzen für die betroffenen Länder und die dort lebenden Menschen ummünzen.“<sup>66</sup> Explizit bekräftigt das BMZ, dass die Kriterien, die bislang schon als Maßstab für Entwicklungspartnerschaften galten [siehe Kasten 3: Kriterien für Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft, Seite 18], auch weiterhin gültig seien und die entwicklungspolitische Unterstützung „generell nicht das Kerngeschäft der kooperierenden Unternehmen“ betreffen solle.<sup>67</sup> Lässt sich also der Zug, auf den

das BMZ aufgesprungen ist, entwicklungspolitisch lenken?

Ministerium und Durchführungsorganisationen werden in ihren Verlautbarungen nicht müde zu betonen, dass Vorsorge getroffen werde, damit vor allem ärmere Bevölkerungsgruppen wie kleinbäuerliche Betriebe wirtschaftlich profitieren, die Ernährungssicherheit verbessert werde und ökologische Schäden vermieden würden. In der Tat werden in den Zielindikatoren der strategischen Allianzen zu Cash Crops wie Baumwolle und Kakao Maßnahmen zur Förderung der Nahrungsmittelversorgung und Ressourcenschonung wie die Förderung der Fruchtfolge verlangt. Im Rahmen des Vorhabens Cotton made in Africa (CmiA) zur Förderung des Baumwollanbaus durch Kleinbauern und -bäuerinnen

<sup>65</sup> GIZ (k.A.): Ländliche Entwicklung. Internet: <http://www.giz.de/de/leistungen/252.html>.

<sup>66</sup> BMZ (2013): Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft. Entwicklungspolitische Konzept. BMZ-Strategiepapier. Internet: [http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier327\\_03\\_2013.pdf](http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier327_03_2013.pdf).

<sup>67</sup> Bundestag (2012): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Umsetzung des Schwerpunkts ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung in der Entwicklungszusammenarbeit und die Rolle der Privatwirtschaft, 18.12.2012. Drucksache 17/11941. Internet: <http://dipbt.bundestag.de/djp21/btd/17/119/1711941.pdf>.

wird explizit eine Zielmarke zur parallelen Steigerung der Nahrungsmittelproduktion eingeführt, ebenso wie die Unterstützung für Verarbeitung und Vermarktung.<sup>68</sup> Da Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft im Bereich ländliche Entwicklung und Ernährungsicherung bislang nicht unabhängig evaluiert wurden<sup>69</sup>, hängen allerdings solche Aussagen und Versicherungen, sie würden die bäuerliche Landwirtschaft fördern und damit zu einer Verringerung von Armut und Hunger beitragen, in der Luft.

### 3.1 Ungleiche Rollenverteilung

Der allgemeine Begriff Partnerschaft verdeckt häufig eine unterschiedliche Rollenverteilung zwischen Staat und Privatwirtschaft, und macht die entwicklungspolitische Ausrichtung oder Abgrenzung und damit Bewertung des entwicklungspolitischen Nutzens schwierig. So verschwimmen in Konzepten wie dem der inklusiven Geschäftsmodelle die Grenzen zwischen Kerngeschäft und entwicklungspolitischem Zusatznutzen. Gehört beispielsweise die Zertifizierung zum Kerngeschäft und würde ohne die PPP-Maßnahme nicht durchgeführt, wie es in den Kriterien zur entwicklungspolitischen Förderungswürdigkeit verlangt wird? Bereits

bei den früheren Entwicklungspartnerschaften zeigte sich, dass die Interessen der Unternehmen gegenüber entwicklungspolitischen Komponenten dominieren.<sup>70</sup> So sind die öffentlichen Gelder, die mittlerweile in die unterschiedlichsten Formen der Unterstützung privatwirtschaftlicher Geschäfte im Agrarbereich fließen, verglichen mit den Investitionen, die manche Konzerne neben den Beiträgen im Rahmen der Entwicklungspartnerschaften aufbringen, gering und können kaum eine Lenkungswirkung ausüben. Zudem besteht ein erhebliches Informations- und Expertise-Gefälle. Die beteiligten Durchführungsorganisationen sind weitgehend von der Bereitschaft der Unternehmen zur Offenlegung ihrer Geschäftsstrategien und -tätigkeiten abhängig, an der auch unabhängige Evaluierungen ihre Grenzen haben. Eine Überprüfung des privatwirtschaftlichen Eigenanteils, von Mitnahmeeffekten oder einer marktverzerrenden Subventionierung ist daher schwierig.

### 3.2 Hungerbekämpfung – durch wen?

Entscheidend ist die Frage, ob die Geschäftsmodelle der Agrarindustrie zur Verwirklichung entwicklungspolitischer Zielsetzungen, insbesondere der Verwirklichung des Menschenrechts auf Nahrung und einer

- 
- 68 Siehe dazu Weiss, Eric (2012): Cross-Country Comparison of Key Indicators from COMPACI/CmtA Baseline Surveys. Internet: [http://www.cotton-made-in-africa.com/fileadmin/cmia\\_abtf/press/images/COMPACI\\_Cross-Country\\_Comparison\\_of\\_Key\\_Base-line\\_Indicators\\_June\\_2012\\_EN.pdf](http://www.cotton-made-in-africa.com/fileadmin/cmia_abtf/press/images/COMPACI_Cross-Country_Comparison_of_Key_Base-line_Indicators_June_2012_EN.pdf). Die Baseline-Studie erfasst allerdings nur die Ziele, klärt aber nicht, ob sie erreicht wurden. Eine Evaluierung ist angekündigt: NORC (k.A.): Design and Implementation of the Monitoring and Evaluation of the Competitive African Cotton for Pro-Poor Growth (COMPACI) Program. Internet: <http://www.norc.org/Research/Projects/Pages/design-implementation-monitoring-evaluation-competitive-african-cotton-pro-poor-growth-program.aspx>.
- 69 Bundestag (2012): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Umsetzung des Schwerpunkts ländliche Entwicklung und Ernährungsicherung in der Entwicklungszusammenarbeit und die Rolle der Privatwirtschaft, 18.12.2012. Drucksache 17/11941. Internet: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/119/1711941.pdf>.
- 70 Hoering, Uwe (2003): Zauberformel PPP. „Entwicklungspartnerschaften“ mit der Privatwirtschaft. Ausmaß – Risiken – Konsequenzen. Internet: [http://www.globe-spotting.de/fileadmin/user\\_upload/globe-spotting/water/Studie\\_Zauberformel\\_PPP.pdf](http://www.globe-spotting.de/fileadmin/user_upload/globe-spotting/water/Studie_Zauberformel_PPP.pdf).



© Asian Development Bank / flickr.com (CC BY-NC-ND 2.0)



© eiter Smola / pixelio.de

nachhaltigen Landwirtschaft, beitragen. Der Anspruch der Konzerne des Agribusiness und der Ernährungsindustrie, eine zentrale Rolle im Kampf gegen den Hunger zu spielen, gründet sich vor allem auf dem versprochenen Beitrag zu Produktivitätssteigerungen in der Landwirtschaft und allgemeinen Wohlfahrtseffekten, die infolge von Großinvestitionen erwartet werden. Weitere Ziele sind die Inklusion von Bauern und Bäuerinnen in die Vertragslandwirtschaft, die effizientere Organisation von Wertschöpfungsketten, wodurch beispielsweise Nahrungsmittelverluste verringert werden, und der Verkauf angereicherter Nahrungsmittel an einkommensarme Konsument/innen.

Zahlreiche Studien<sup>71</sup> wecken erhebliche Zweifel, dass diese Geschäfte tatsächlich einen entscheidenden Beitrag zur Hunger- und Armutsverringerung leisten. So weist Luig beispielsweise darauf hin, dass die industriellen Strategien ein verkürztes Konzept von Ernährungssicherheit vertreten, etwa indem sie auf Nahrungsergänzungen setzen. Andere Studien schätzen, dass vom Eintritt in formelle und koordinierte Märkte maximal das obere Viertel der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern profitieren kann, während kleinbäuerliche Produzent/innen mit wenig Land und Kapital weiterhin marginalisiert bleiben.<sup>72</sup> Möglichen Gewinnen für einzelne Gruppen steht die Vernichtung von Arbeitsplätzen gegenüber, etwa durch Verdrängung kleinerer Landwirt/innen und Händler/innen. Die Gefahren der Expansion der Agrarindustrie zeigen sich am eindrucklichsten im Land Grabbing, der Übernahme großer landwirtschaftlicher Nutzflächen durch Investoren, und

der damit einhergehenden Vertreibung kleinbäuerlicher Betriebe oder extensiver Viehhaltung.

Aus entwicklungspolitischer Sicht kann es nicht nur um eine rein an der Steigerung der Agrarproduktion gemessene, eng gefasste Wirtschaftsentwicklung des Agrarsektors gehen. Im Vordergrund muss vielmehr explizit der entwicklungspolitische Mehrwert stehen, der an der Verbesserung der lokalen Ernährungssicherheit, der Armutsminderung in ländlichen Räumen, der Verbesserung von Einkommen in der Breite und an ökologischer Nachhaltigkeit gemessen wird. Es muss also um Kriterien gehen, welche die Finanzierung mit öffentlichen Geldern rechtfertigen und sich von reiner Wirtschaftsförderung abgrenzen.

*„Moderne kommerzielle Produktion folgt Mustern, die wir auch von Europa kennen: Die Vermarktung von hochwertigen, vor allem frischen Produkten für Supermärkte, oder handwerklichen Produkten für den Export wird von privatwirtschaftlich organisierten Lieferketten geprägt. Da es genug wirtschaftliche Anreize gibt, entsprechende Strukturen auch in armen Ländern auszubilden, können wir unser Know-how direkt einbringen, zum Beispiel zu Standards und Zertifizierung, Technologie, Exportmarketing oder Produzentenorganisation. Aber das sind Märkte für Produzenten, die bereits eine gewisse Wettbewerbsfähigkeit mitbringen und Alternativen zur Produktion einfacher Lebensmittel haben.“<sup>73</sup>*

Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit

71 Luig, Benjamin (2013): „Business Case“ Hungerbekämpfung. Der fragwürdige Beitrag von Agribusiness und Nahrungsmittelindustrie zur Ernährungssicherheit. Internet: [http://www.forumue.de/uploads/media/Business\\_Case\\_Hungerbekaempfung\\_web.pdf](http://www.forumue.de/uploads/media/Business_Case_Hungerbekaempfung_web.pdf); GRAIN (2012): The Great Food Robbery. How Corporations Control Food, Grab Land and Destroy the Climate. Barcelona; De Schutter, Olivier (2009): Agribusiness and the Right to Food. Report of the Special Rapporteur on the Right to Food. A/HRC/13/33. Internet: [http://www.srfood.org/images/stories/pdf/officialreports/20100305\\_a-hrc-13-33\\_agribusiness\\_en.pdf](http://www.srfood.org/images/stories/pdf/officialreports/20100305_a-hrc-13-33_agribusiness_en.pdf).

72 Melchers, Ingo (2013): Zwischen Business und Sozialpolitik. In: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung. 05/2013.

73 GIZ (2011): Wirtschaft stärken – Armut reduzieren. Erfahrungen mit dem Wertschöpfungsketten-Ansatz im Entwicklungsdienst der GIZ. Internet: <http://www.giz.de/de/downloads/giz2011-0461de-wertschoepfung-wirtschaft.pdf>.

### 3.3 Eigenverantwortung der Unternehmen

Es entsteht der Eindruck, dass sich das BMZ bei der Entwicklungswirksamkeit der Partnerschaft weniger auf konkrete Nachprüfung mehr oder minder scharfer Kriterien und deren Einhaltung verlässt als vielmehr auf bestehende Richtlinien, die häufig keine qualitativen Anforderungen an die Unternehmen stellen und deren unabhängige Überprüfung begrenzt ist. Der explizite Bezug etwa auf die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen macht Sinn, reicht alleine aber nicht aus.<sup>74</sup>

Außerdem setzt die Entwicklungszusammenarbeit auf unternehmerische Eigenverantwortung. Zahlreiche beteiligte Unternehmen haben inzwischen Erklärungen zur Unternehmensverantwortung (Corporate Social Responsibility, CSR) abgegeben oder sind in entsprechenden globalen Netzwerken wie dem Global Compact der UN<sup>75</sup> vertreten. Darin verpflichten sie sich zur Einhaltung sozialer und ökologischer Standards. Die weitaus meisten dieser Verhaltenskodizes sind allerdings ebenfalls freiwillig.

Damit geht das Vertrauen einher, dass Unternehmen ein eigenes Interesse an nachhaltigen Produktionsweisen haben. Es wird erwartet, dass die Einhaltung von Standards, zertifiziert durch Umwelt- und andere Nachhaltigkeitsiegel, oder die Sorge um Imageverluste bei Kinderarbeit und Vertreibungen im Zulieferbereich im wirtschaftlichen Eigeninteresse alleine ausreichen, dass Produktionsbedingungen durch Unternehmen ökologisch nachhaltig und sozial gerecht gestaltet werden.

#### Kasten 5:

Eine andere Landwirtschaft ist notwendig und umsetzbar

Im 2008 vorgelegten Weltagrarbericht<sup>76</sup> – hervorgegangen aus einem mehrjährigen Prozess unter Beteiligung von mehr als 400 Expert/innen aus 110 Ländern – wird ein „bottom-up“-Ansatz vorgeschlagen: Agrarforschung und die Verbreitung von Know-how, Ansätzen und Technologien müssen von dem bestehenden kleinbäuerlichen Wissen und bestehenden lokalen Realitäten ausgehen. Insbesondere agrarökologische Ansätze zu landwirtschaftlicher Entwicklung sollten gefördert werden. Sie verbessern nicht nur Bodenschutz und Bodenfruchtbarkeit, sondern bieten auch ein enormes Potenzial zur Produktivitätssteigerung. Methoden wie das System of Rice Intensification (SRI)<sup>77</sup> haben sich in der Praxis vielfach bewährt. Der Weltagrarbericht hebt hervor, dass Agrarpolitik von den Anforderungen jener Bevölkerungsgruppen wie Landlosen oder Kleinbauern und Kleinbäuerinnen ausgehen soll, die trotz vielfacher Marginalisierung die größten Investoren in die Produktion von Lebensmitteln im globalen Süden sind. Statt „business as usual“ seien dafür Entwicklungsansätze erforderlich, die nicht durch die Interessen der Industrie bestimmt seien, sondern bei bäuerlichen Produktions- und Vermarktungsrealitäten ansetzen. Nicht nur die absolute Menge an erzeugten Nahrungsmitteln ist entscheidend, sondern auch, wer sie wie und für wen produziert. Kernelement ist das ausdrückliche Bekenntnis zum Menschenrecht auf Nahrung.

58 Staaten haben den Weltagrarbericht unterschrieben und unterstützen damit die darin enthaltenen, notwendigen Richtungsänderungen. Nicht so die Bundesregierung. Außerdem werden wesentliche Forderungen und Kriterien dieser Debatte im Rahmen der Initiativen und Partnerschaften mit der Wirtschaft entweder gar nicht erwähnt oder es ist nicht klar, wie sie eingelöst werden und die Agrarkonzerne auf ihre Einhaltung verpflichtet werden können.



© Willi Volks / INKOTA-netzwerk

74 BMZ (2013): Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft. Entwicklungspolitische Konzept. BMZ-Strategiepapier.

Internet: [http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier327\\_03\\_2013.pdf](http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier327_03_2013.pdf).

75 United Nations Global Compact.

Internet: <https://www.unglobalcompact.org>.

76 International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development (2009): Agriculture at a Crossroads. Global Report. Internet: [http://www.unep.org/dewa/agassessment/reports/IAASTD/EN/Agriculture%20at%20a%20Crossroads\\_Global%20Report%20%28English%29.pdf](http://www.unep.org/dewa/agassessment/reports/IAASTD/EN/Agriculture%20at%20a%20Crossroads_Global%20Report%20%28English%29.pdf).

77 Hoering, Uwe (2008): Reiche Ernte – Eine Erfolgsgeschichte aus Kambodscha. Internet: [http://www.globe-spotting.de/fileadmin/user\\_upload/globe-spotting/agriculture/EED-CEDAC\\_ReicheErnte\\_Kambodscha\\_08\\_deu-1.pdf](http://www.globe-spotting.de/fileadmin/user_upload/globe-spotting/agriculture/EED-CEDAC_ReicheErnte_Kambodscha_08_deu-1.pdf).



© Tim Caspary / pixelio.de

## Teil 4: Fazit und Forderungen an die Bundesregierung

### 4.1 Fazit

Mit ihren zahlreichen Projekten, Initiativen und Partnerschaften mit der Privatwirtschaft ist die Entwicklungspolitik im Begriff, einen deutlichen Politik- und Paradigmenwechsel im Agrar- und Ernährungsbereich zu vollziehen – weg von einem Entwicklungsgedanken, bei dem staatliche und teilweise zivilgesellschaftliche Akteure im Vordergrund stehen, hin zu einer Politik, die auf die Konzerne als Hauptakteur landwirtschaftlicher und ländlicher Entwicklung setzt. Mit den neuen Partnerschaften unterstützt die deutsche Entwicklungs- und Landwirtschaftspolitik die Geschäftsinteressen von Konzernen aus der Agrar- und Ernährungsindustrie. Gerechtfertigt wird die Zusammenarbeit damit, dass durch sie Ziele wie Armutsminderung, Hungerbekämpfung und ländliche Entwicklung besser erreicht würden.

Die Entwicklungspolitik positioniert sich damit in der agrarpolitischen Debatte immer stärker auf der Seite der „inklusive und wirtschaftlichen Modernisierung“<sup>78</sup>, wobei „Modernisierung“ auf eine industrielle Agrar- und Ernährungswirtschaft nach westlichem Maßstab verengt wird. Gefördert wird ein Agrarmodell, das Vorteile haben mag und wirtschaftliche Entwicklung ankurbeln kann, aber dessen Nutzen für Ernährungssicherheit und eine breitenwirksame Armutsminderung problematisch und keineswegs bewiesen ist. Der ehemalige UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, Olivier De Schutter, hat mehrfach darauf hingewiesen, dass Produktionssteigerungen und Marktorientierung allein nicht ausreichen, um das Menschenrecht auf Nahrung sicherzustellen.<sup>79</sup> Weiterhin sieht De Schutter große Gefahren bei kapitalintensiven, arbeitsplatzeinsparenden Produktionsmodellen in Ländern mit

<sup>78</sup> Melchers, Ingo (2013): Zwischen Business und Sozialpolitik. In: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung. 05/2013.

<sup>79</sup> World Trade Organization (2009): UN Rapporteur and WTO Delegates Debate the Right to Food. Internet: [www.wto.org/english/news\\_e/news09\\_e/ag\\_02jul09\\_e.htm](http://www.wto.org/english/news_e/news09_e/ag_02jul09_e.htm).

hoher Arbeitslosigkeit, wie er in seinem Länderbericht zu Malawi hervorhebt.<sup>80</sup>

Bislang umfasst die Wirtschaftsförderung nur einen kleineren Teil der finanziellen Mittel und Aktivitäten der Entwicklungszusammenarbeit im Bereich Landwirtschaft und ländliche Entwicklung und ist somit (noch) nicht repräsentativ für eine grundlegende Neuausrichtung der bundesdeutschen Entwicklungspolitik im Agrarbereich. Mit dem entsprechenden politischen Willen kann noch gegengesteuert werden.

Die enge Kooperation mit der Wirtschaft und ihr unterstellter entwicklungspolitischer Mehrwert sind aus mehreren Gründen höchst problematisch:

**Erstens** ist die Entwicklungspolitik bislang kaum in der Lage, die Einlösung der angekündigten entwicklungspolitischen Ziele zu belegen, einzufordern und nachzuprüfen. Evaluierungen früherer und aktueller Partnerschaften, die eine Umsetzung entwicklungspolitischer Erwartungen nachweisen könnten, fehlen weitgehend. Instrumente für Bewertung, Evaluierung und Monitoring der neuen Partnerschaften hinken hinter der Umsetzung der Maßnahmen hinterher. Es gibt Hinweise, dass bei der Ausarbeitung von Erfolgsindikatoren gemeinsamer Initiativen Aspekte, die die entwicklungspolitischen Erfolge der neuen Partnerschaften erfassen würden, nicht ausreichend zum Tragen kommen. Beur-

teilung und Bewertung werden durch eine grundlegende Intransparenz weiter erschwert. Medien, Parlament und die entwicklungspolitische Zivilgesellschaft sind daher kaum in der Lage als Bündnispartner der Entwicklungspolitik die Einlösung entwicklungspolitischer Zielsetzungen und Versprechungen einzufordern, zu überprüfen und zu kontrollieren.

**Zweitens** weichen ursprünglich formulierte Bedingungen für die Zusammenarbeit aus der Anfangsphase der Entwicklungspartnerschaften [siehe Kasten 1: Entwicklung der PPP-Aktivitäten des BMZ, Seite 12] auf. Es gibt große Grauzonen für Mitnahmeeffekte, unzulässige Wettbewerbsvorteile oder die Möglichkeit für beteiligte Unternehmen, ihren geforderten Eigenbeitrag zu steuern oder klein zu rechnen. Die staatlichen Durchführungsorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit wie die GIZ und die KfW sind inzwischen weitgehend auf Wirtschaftsförderung ausgerichtet. Sie verstehen sich selbst als Unternehmen und die Unterstützung und Entwicklung der Privatwirtschaft als ihr vorrangiges Ziel.

Indem die Regierung **drittens** immer stärker auf deutsche und europäische Konzerne als Hauptakteure in der Entwicklungspolitik setzt, gibt sie zumindest für einen Teil ihrer Aktivitäten das Agenda Setting und die Verantwortung an Konzerne ab. Die Schwerpunktver-

80 De Schutter, Olivier (2013): Mission to Malawi, July 12 to 22, 2013, End of Mission Statement. Internet: [http://www.srfood.org/images/stories/pdf/officialreports/20130722\\_Malawi\\_en.pdf](http://www.srfood.org/images/stories/pdf/officialreports/20130722_Malawi_en.pdf).



© Christine Wiid / INKOTA-netzwerk

schiebung schränkt die Spielräume von Staat und Entwicklungspolitik ein, auf die Interessen marginalisierter ländlicher Gruppen zugeschnittene Entwicklungsansätze zu fördern, indem ein zunehmender Anteil öffentlicher Mittel in die Förderung der Landwirtschaft mit Potenzial für inklusive Geschäftsmodelle fließt. Mehr noch: das – entwicklungspolitisch geförderte – wachsende Gewicht der Agrarindustrie und deren Ressourcen hunger drohen, die Entwicklungschancen für große Teile bäuerlicher und ländlicher Bevölkerungsgruppen, die nicht in diese Geschäftsmodelle passen, massiv zu verringern und damit Armut und Marginalisierung zu verstärken. Es sind aber gerade diese Bevölkerungsgruppen, die keine starke Lobby, wenig Gehör und Mitbestimmungsmöglichkeiten und kaum ökonomische Ressourcen haben, und somit auf die Unterstützung durch die Entwicklungspolitik angewiesen sind.

## 4.2 Forderungen an die Bundesregierung

Um Ernährungssicherheit und Armutsminderung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit zu verbessern, muss sich die Entwicklungspolitik wieder stärker auf ihre eigentlichen Zielgruppen, Anforderungen und Ansprüche besinnen, für deren Umsetzung sie öffentliche Gelder einsetzt, die explizit nicht für eine heimische Wirtschaftsförderung vorgesehen sind. Im Zentrum der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit muss die Förderung einer kleinbäuerlichen, ökologisch nachhaltigen und sozial gerechten Landwirtschaft und ländlichen Entwicklung stehen.

Daher muss die Bundesregierung ihren Ansatz, mit großen PPPs in Kooperation mit dem internationalen Agribusiness Hunger und Armut bekämpfen zu wollen, radikal reformieren oder beenden. Die AG Landwirtschaft und Ernährung (AGLE) des Forums Umwelt und Entwicklung fordert von der Bundesregierung:

**(1) Priorität für Armuts- und Hungerbekämpfung:** Es gibt kaum Belege dafür, dass PPPs die genuinen Zielgruppen von ländlicher Entwicklungspolitik erreichen, also ländliche Gemeinschaften in abgelegenen Regionen und fragilen Ökosystemen, marginalisierte Kleinbauern und -bäuerinnen, „landarme“ und landlose Haushalte, die in ländlichen Regionen leben, Kleinfischer/innen, Pastoralist/innen und indigene Gemeinschaften. Ansätze, die auf Kooperationen mit der Privatwirtschaft abzielen, dürfen – wenn überhaupt – nur einen klar überschaubaren, eindeutig begrenzten

Baustein einer ländlichen Entwicklungsstrategie darstellen. Für PPPs sollten verpflichtende und übergreifende Entwicklungsindikatoren entwickelt werden, die belegen, dass tatsächlich marginalisierte Bevölkerungsgruppen von den PPPs profitieren. Darunter fallen unter anderem Indikatoren wie die Verbesserung der Ernährungssituation oder die Anwendung und Förderung von agrarökologischen Anbaumethoden. Auch im Rahmen der Sonderinitiative „Eine Welt ohne Hunger“, die das Forum Umwelt und Entwicklung begrüßt, muss die Rolle von PPPs klar eingegrenzt und definiert werden.

**(2) Transparenz: Die Bundesregierung ist aufgefordert offenzulegen, wer wofür wie viele Entwicklungshilfegelder im Bereich Landwirtschaft und Ernährungssicherung erhält.**

In regelmäßigen Berichten muss die Bundesregierung ausführen, inwieweit Bauern- und Frauenorganisationen bei der Planung und Entwicklung neuer Projekte beteiligt wurden, inwieweit marginalisierte Kleinbäuerinnen und -bauern als Zielgruppe identifiziert wurden und inwieweit agrarökologische Anbauverfahren angewendet werden, um die Ernährungslage und die Bodenfruchtbarkeit zu verbessern und die Anpassung an den Klimawandel zu fördern.

Die vorgebrachte Logik und das daraus folgende und mehr und mehr wahrnehmbare Resultat „mehr Privatwirtschaftskooperation gleich weniger Transparenz“ ist entwicklungspolitisch hochproblematisch und nicht akzeptabel.

**(3) Die PPPs müssen unabhängig evaluiert werden.**

Die Grundsätze der Evaluierung müssen transparent gemacht und öffentlich diskutiert werden, damit Bedenken adäquat berücksichtigt werden. Dazu zählen zum Beispiel die Effekte der PPPs auf marginalisierte Bevölkerungsgruppen, auf die lokale Nahrungsmittelversorgung und ökologische Folgen. Insbesondere müssen BMZ-eigene Standards, die durch das Menschenrechtskonzept<sup>81</sup> verbindlich festgelegt wurden, eingehalten werden.

- Dabei muss „im Vorfeld aller Vorhaben (...) eine Prüfung menschenrechtlicher Risiken und Wirkungen“ vorgenommen werden.<sup>82</sup> Dies bezieht sich bei Vorhaben im Agrarsektor insbesondere auf das Recht auf Nahrung.
- Die Evaluierungsergebnisse müssen veröffentlicht und öffentlich unter Beteiligung der Zivilgesellschaft diskutiert werden, um zu ausgewogenen Schlussfolgerungen zu kommen.

81 BMZ (2011): Menschenrechte in der deutschen Entwicklungspolitik. Konzept.

Internet: [http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/themen/menschenrechte/Strategiepapier303\\_04\\_2011.pdf](http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/themen/menschenrechte/Strategiepapier303_04_2011.pdf).

82 FIAN (2012): Extraterritoriale Staatenpflichten in der Entwicklungszusammenarbeit. FIAN Fact Sheet 2012/4.

Internet: [http://www.fian.de/fileadmin/user\\_upload/dokumente/shop/FIAN\\_allgemein/2012-4\\_ETO\\_EZ\\_final\\_screen.pdf](http://www.fian.de/fileadmin/user_upload/dokumente/shop/FIAN_allgemein/2012-4_ETO_EZ_final_screen.pdf).

- Auf dieser Grundlage muss die Debatte über den Beitrag der Privatwirtschaft transparent, sachgerecht und ergebnisoffen geführt werden.
- So lange es keine kritische Evaluierung der bestehenden PPPs gibt, sollte die Bundesregierung sämtliche große PPPs nicht weiter führen.
- Fragen von Interessenskonflikten müssen eine zentrale Rolle bei der Bewertung spielen.

**(4) Agrarkonzerne sollten im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit weder politisch in ihren Geschäftsinteressen noch finanziell in ihrem Kerngeschäft gefördert werden.** Daher sollte die Bundesregierung die GFP beenden, weil der entwicklungspolitische Mehrwert nicht zu erkennen ist. Bei der Neuen Allianz sollte sie sich entweder für eine radikale Reform im Rahmen der G7/G8 einsetzen oder sich aus der Initiative zurückziehen.

**(5) Privatwirtschaftliche Investitionsinteressen dürfen bei der Ausgestaltung politischer Regeln oder rechtlicher Reformen (Landnutzungsrechte, Handelsliberalisierung) keine privilegierte und institutionalisierte Rolle spielen.** Initiativen, die eine solche Vermischung zwischen staatlichem und privatem Sektor forcieren, sollte die Bundesregierung nicht unterstützen. Im Sinne des BMZ-Menschenrechtskonzeptes muss in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit der „Fokus auf die strukturellen Ursachen von Armut und sozialer Ausgrenzung gelegt werden“ und ein Beitrag „zur gerechteren Gestaltung gesellschaftlicher Machtverhältnisse“ geleistet werden.<sup>83</sup>

**(6) Die Bundesregierung muss sicherstellen, dass PPPs und Vertragslandwirtschaft durch enge rechtliche Rahmenbedingungen reguliert, gesteuert und gegebenenfalls sanktioniert werden.** Die Bundesregierung sollte sich international, insbesondere im Rahmen des UN-Komitees für Welternährungssicherheit (CFS), aber auch über ihren Einfluss auf multilaterale Entwicklungsbanken wie die Weltbank und multilaterale Organisationen wie FAO, IFAD und ILO für ambitionierte, menschenrechtsbasierte Standards im Bereich Vertragslandwirtschaft einsetzen.

**(7) Die Bundesregierung sollte im Kontext der Diskussion um die Rolle und Bedeutung der Privatwirtschaft für die Ernährungssicherung**

**ihre extraterritorialen Staatenpflichten anerkennen und im Ausland tätige Unternehmen stärker regulieren.** Dabei sollten verbindliche Berichts- und Offenlegungspflichten eingeführt werden sowie ein Beschwerdemechanismus, um mögliche Verstöße wie zum Beispiel gegen das Recht auf Nahrung zu untersuchen und privatwirtschaftliche Akteure gegebenenfalls zur Rechenschaft zu ziehen und Entschädigungsregelungen umsetzen zu können. Dies sollte im Rahmen der von der Bundesregierung im Koalitionsvertrag<sup>84</sup> angekündigten Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte geschehen.

83 BMZ (2011): Menschenrechte in der deutschen Entwicklungspolitik. Konzept.

Internet: [http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/themen/menschenrechte/Strategiepapier303\\_04\\_2011.pdf](http://www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/themen/menschenrechte/Strategiepapier303_04_2011.pdf).

84 CDU, CSU und SPD (2013): Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 18. Legislaturperiode.

Internet: [http://www.bundesregierung.de/Content/DE/\\_Anlagen/2013/2013-12-17-koalitionsvertrag.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2013/2013-12-17-koalitionsvertrag.pdf?__blob=publicationFile).



**Forum Umwelt  
und Entwicklung**

Herausgeber:  
Forum Umwelt & Entwicklung  
Marienstr. 19–20, 10117 Berlin  
Telefon: +49 (0)30/678 17 75 93  
E-Mail: [info@forumue.de](mailto:info@forumue.de)  
Internet: [www.forumue.de](http://www.forumue.de)

Das Forum Umwelt & Entwicklung wurde 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung gegründet und koordiniert die Aktivitäten deutscher NRO in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Rechtsträger ist der Deutsche Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände e. V. (DNR).